

Wochenbericht

Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen

Seite 2

In Deutschland sind 14 Prozent der Bevölkerung oder 11,5 Millionen Menschen von relativer Einkommensarmut bedroht. Dies betrifft vor allem Haushalte mit Kindern und jungen Erwachsenen. Auch Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern weisen mit über 40 Prozent weit überdurchschnittliche Armutsrisiken auf. Zielgruppenspezifische Programme wie der Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur, die Einführung des Elterngeldes oder der Pflegeversicherung können das Armutsrisiko senken.

Von Markus M. Grabka und Joachim R. Frick

„Höhere Hartz-IV-Sätze lindern Symptome, ändern aber kaum die Armutsursachen“

Seite 3

Sieben Fragen an Joachim R. Frick

Innovation stärkt Auslandsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen

Seite 12

Eigenständige Unternehmen in Ostdeutschland mit 50 und mehr Beschäftigten sind sehr erfolgreiche Exporteure. Sie zeichnen sich durch innovative Produkte und Patentanmeldungen aus. Die Unterstützung durch regionale Behörden und Organisationen lässt dagegen zu wünschen übrig.

Von Anna Lejpras

Der Euro-Stabilitäts-Pakt – eine deutsch-griechische Tragödie

Seite 24

Kommentar von Tilman Brück

Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen

Markus M. Grabka
mgrabka@diw.de

Joachim R. Frick
jfrick@diw.de

Die EU-Kommission hat 2010 zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausgerufen. Ein Ziel dieser Aktion ist es, das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung zu stärken und deren Ursachen und Auswirkungen besser zu verstehen. Neue Analysen zur Einkommensverteilung in Deutschland auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen für das Jahr 2008 eine deutlich höhere relative Einkommensarmut als noch vor zehn Jahren. Rund 11,5 Millionen Menschen lagen mit ihrem verfügbaren Einkommen unter der nach EU-Vorgaben definierten Armutsrisikoschwelle – dies entspricht rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung. Darunter finden sich vor allem Haushalte mit Kindern und jungen Erwachsenen. So unterliegen Alleinerziehende mit Kindern im Alter bis zu drei Jahren einem weit überdurchschnittlichen Armutsrisiko von mehr als 50 Prozent. Auch unter jungen Erwachsenen bis zu einem Alter von 25 Jahren lebt knapp ein Viertel mit einem Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgrenze.

Die Analysen zeigen auch, dass die Einführung von zielgruppenspezifischen öffentlichen Transfers in der Pflegeversicherung sowie beim Elterngeld zu einer Senkung des Armutsrisikos bei den von diesen Transfers begünstigten Gruppen beigetragen hat. Ähnliches gilt für den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur, die vor allem Müttern die Erwerbsaufnahme erleichtert und damit das Armutsrisiko von Haushalten mit Kleinkindern reduziert hat.

Mit diesem Bericht werden bisherige Untersuchungen des DIW Berlin zur relativen Einkommensarmut und zur Einkommensungleichheit in Deutschland bis zum Jahr 2008 erweitert (Kasten 1).¹ Empirische Grundlage sind die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP),² die aufgrund der jährlichen Wiederholungsmessung die Analyse konsistenter Zeitreihen zur Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in Deutschland ermöglichen.

Ein Standardmaß zur Messung von Einkommensungleichheit ist der Gini-Koeffizient.³ Bezogen auf das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen erreichte dieser Wert Anfang der 90er Jahre in Deutschland 0,26 und reduzierte sich bis zum Ende des Jahrzehnts nur leicht auf 0,25 (Abbildung 1).⁴ Nach der Jahrtausendwende kam es jedoch bis 2006 zu einer signifikanten Steigerung der Einkommenskonzentration (Kasten 2). Zwar führte die Reduktion der (Sockel-) Arbeitslosigkeit im letzten konjunkturellen Auf-

1 Entsprechend internationaler Standards wird das in diesem Bericht ausgewiesene, so genannte *relative Einkommensarmutsrisiko* gemessen an einer Armutsschwelle in Höhe von 60 Prozent des Median der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen. Menschen, die sogar weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung haben, werden nach diesem Konzept als *einkommensarm* bezeichnet; diese Gruppe wird aber hier nicht gesondert ausgewiesen. Vgl. Göbel, J., Frick, J. R., Grabka, M. M.: Preisunterschiede mildern Einkommensgefälle zwischen West und Ost. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 51–52/2009.

2 Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird; vgl. Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement. In: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Studies, Vol. 127(1), 139–169.

3 Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je größer der Wert, desto stärker ausgeprägt ist die Ungleichheit.

4 Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichen zu können, werden im Folgenden so genannte Äquivalenzeinkommen – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – verwendet. Die Werte für die Jahre bis 2007 weichen leicht von früheren Veröffentlichungen ab, da die Datenbasis verbessert wurde.

Sieben Fragen an Joachim R. Frick

„Höhere Hartz-IV-Sätze lindern Symptome, ändern aber kaum die Armutsursachen“



Herr Dr. Frick, Sie haben das Armutsrisiko in Deutschland untersucht. Wer gilt in einem reichen Land wie Deutschland eigentlich als arm?

Nach einer Vorgabe der Europäischen Kommission gilt derjenige als arm, der weniger als 60 Prozent des sogenannten Medianeinkommens in dem jeweiligen Land zur Verfügung hat. Nach den aktuellsten Daten aus dem Einkommensjahr 2008 gelten etwa 14 Prozent der Bevölkerung als arm. Das entspricht etwa 11,5 Millionen Menschen.

Hat die Zahl der armen Menschen in Deutschland zu- oder abgenommen?

In den letzten zehn Jahren sehen wir einen signifikanten Anstieg des Einkommensarmutsrisikos von etwa zehn auf rund 14 Prozent. Es gab leichte Schwankungen, aber der Trend ist eindeutig.

Wo liegen dafür die Gründe?

Der Hauptgrund ist sicherlich die Arbeitslosigkeit. Gleichwohl sehen wir in den letzten Jahren auch für Personen mit Erwerbstätigkeit ein zunehmendes Armutsrisiko. Das hat wohl auch mit der Ausbildung des Niedriglohnssektors und der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu tun.

Welche Gruppen sind besonders gefährdet, die Armutsgrenze zu unterschreiten?

Gefährdet sind junge Erwachsene, vor allem wenn sie alleine leben, sowie Haushalte mit Kindern, insbesondere wenn es drei und mehr Kinder sind. Auch Alleinerziehende sind stark vom Armutsrisiko betroffen. Bei Rentnern ist Armut aktuell kein großes Problem. Unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse wird jedoch Altersarmut in Zukunft vor allem in Ostdeutschland wieder eine größere Rolle spielen.

Welche Unterschiede bestehen zwischen West- und Ostdeutschland?

In Ostdeutschland ist das Einkommensarmutsrisiko nach wie vor deutlich stärker ausgeprägt

als im Westen. Im Osten sind es circa 19 Prozent, im Westen circa 13 Prozent der Bevölkerung, die unter der Armutsschwelle liegen. Die Gründe hierfür sind hauptsächlich im Arbeitsmarkt zu sehen. Die höheren Arbeitsmarktrisiken in Ostdeutschland sind markant: Die Chancen alternative Einkommensquellen zur Deckung des Lebensbedarfs heranzuziehen sind im Osten viel geringer.

Leidtragende in armen Familien sind insbesondere Kinder. Jetzt sollen die Hartz-IV-Sätze angepasst werden. Wird das die Situation verbessern?

Wenn ich Personen in Einkommensarmut mehr Einkommen gebe, senkt das das Einkommensarmutsrisiko definitionsgemäß. Gleichwohl ist das nur eine Symptombekämpfung und keine echte Lösung. Wir denken, dass Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen und in die Verbesserung der Erwerbschancen für alleinerziehende Mütter, sicherlich mehr nutzen würden.

Bringt es überhaupt etwas, mehr Geld in die sozialen Sicherungssysteme zu pumpen?

Im Vergleich zum Gießkannenprinzip, nach dem man zum Beispiel jedem 20 Euro mehr Kindergeld gibt, haben wir in den letzten Jahrzehnten beobachtet, wie die Politik zielgruppenorientierter und damit wirkungsvoller vorgehen kann. Kurz nach der Einführung der Pflegeversicherung etwa ist das Armutsrisiko in Haushalten mit pflegebedürftigen Personen gesunken. Wir sahen kurz nach Einführung des Elterngeldes eine gewisse Entlastung von Eltern mit kleinen Kindern, und wir sahen auch einen deutlichen Rückgang des Einkommensarmutsrisikos von Personen, die von Kinderbetreuungseinrichtungen profitieren konnten. Insofern sind Transferleistungen wirkungsvoller, wenn sie zielgerichtet und nicht breit gestreut sind.

PD Dr. Joachim R. Frick,
stellvertretender
Leiter der Abteilung
Längsschnittstudie Sozio-
oekonomisches Panel
(SOEP)
am DIW Berlin

Transferleistungen
sind wirkungsvoller,
» wenn sie zielgerichtet «
und nicht breit
gestreut sind.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Kasten 1

Definitionen, Methoden und Annahmen bei der Einkommensmessung**Armutsrisikoschwelle ausgewählter Haushaltstypen im Jahr 2008**

	Bedarfssatz nach neuer OECD-Skala	Armutschwelle: ¹ Nominal in Euro je Monat
1 Personen-Haushalt	1,0	925
Ehe-/Paar ohne Kinder	1,5	1 388
Ehe-/Paar mit 1 Kind	1,8	1 665
Ehe-/Paar mit 2 Kindern	2,1	1 943
Ehe-/Paar mit 3 Kindern	2,4	2 220
Alleinerziehende mit 1 Kind	1,3	1 203
Alleinerziehende mit 2 Kindern	1,6	1 480

¹ Der Median der nominalen bedarfsgewichteten Haushalts-Nettoeinkommen des Vorjahres betrug 18 500 Euro oder 1 542 Euro pro Monat.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2010

Die in diesem Bericht gewählte Vorgehensweise zur empirischen Erfassung von Einkommensungleichheit und Armut folgt den Empfehlungen der Europäischen Kommission sowie des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zur nationalen Berechnung der sogenannten Laeken-Indikatoren.¹ Dieses Indikatortableau ist Teil der von der EU initiierten nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in Europa; die Messverfahren werden

¹ Die Laeken-Indikatoren werden jährlich für jedes EU-Mitgliedsland errechnet. Vgl. Atkinson, T., Cantillon, B., Marlier, E., Nolan, B.: Social Indicators. The EU and Social Inclusion. Oxford 2002.

im Wesentlichen auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung berücksichtigt.²

Wohlfahrtsökonomisch motivierte Analysen basieren im Allgemeinen auf den Einkommen, die den privaten Haushalten zur Verfügung stehen. Den vorliegenden Auswertungen auf Basis des SOEP liegen jahresbezogene Einkommen zugrunde. Dabei werden zum Befragungszeitpunkt im Jahr (t) jeweils für das zurückliegende Kalenderjahr ($t-1$) alle Einkommenskomponenten, die den Haushalt als Ganzen betreffen, sowie alle individuellen Bruttoeinkommen der aktuell im Haushalt befragten Personen summiert (Markteinkommen aus der Summe von Kapital- und Erwerbseinkommen einschließlich privater Transfers und privater Renten). Zusätzlich werden Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen sowie Sozialtransfers (Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Unterstützungen vom Arbeitsamt, Leistungen nach dem BAföG und anderen) berücksichtigt und schließlich mithilfe einer Simulation der Steuer- und Sozialabgaben Jahresnettoeinkommen errechnet – dabei werden auch einmalige Sonderzahlungen (13. und 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) berücksichtigt.

Die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung wird durch Umrechnung in sogenannte Äquivalenzeinkommen – das sind

² Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn 2008.

schwung zunächst zu einer Reduktion der Ungleichheit,⁵ im Jahr 2008 stieg diese aber wieder und der Gini-Koeffizient erreichte zuletzt den Wert 0,29.

Stark gestiegenes Risiko der Einkommensarmut

Die zunehmende Spreizung der bedarfsgewichteten Haushalts-Nettoeinkommen war Folge einer Polarisierung der Einkommensverteilung hin zu den Rändern und einer entsprechenden Schrumpfung der mittleren Einkommensklassen.⁶ Das Risiko relativer Einkommensarmut ist

⁵ Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M.: Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 38/2008.

⁶ Vgl. Grabka, M. M., Frick, J. R.: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 10/2008.

in den vergangenen 15 Jahren deutlich gestiegen. Anfang der 90er Jahre lag der Anteil der von relativer Einkommensarmut Betroffenen bei rund zwölf Prozent. Bis 1999 ging er auf 10,3 Prozent zurück, stieg danach aber kontinuierlich und erreichte im Jahr 2006 den vorläufigen Höchstwert von 14,5 Prozent. Analog zur Entwicklung der Einkommensverteilung verringerte sich das Armutsrisiko im darauf folgenden Jahr zunächst und nahm dann – trotz verbesserter Arbeitsmarktlage – wieder auf 14 Prozent im Jahr 2008 zu.⁷ Dies entspricht etwa 11,5 Millionen Personen.⁸

⁷ So hat in dem entsprechenden Zeitraum die Zahl der Erwerbstätigen im Inland um knapp 700 000 Personen zugenommen. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Jahresgutachten 2009/10. Wiesbaden 2009.

⁸ Am Konzept *relativer* Einkommensarmut wird häufig kritisiert, dass allgemeine Wohlfahrtsgewinne nicht ausreichend berücksichtigt werden und somit – selbst wenn das Einkommen aller Personen um einen fixen Betrag steigt – ein gleiches Armutsrisiko-Niveau ausweist. Dabei wird häufig übersehen, dass diese relative Armutsschwelle nicht nur das Existenzminimum, sondern vielmehr das Einkommen beschreibt,

unter Bedarfs Gesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – vergleichbar gemacht. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagenen Skala umgerechnet, und jedem Haushaltsmitglied das errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen unter der Annahme, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom gemeinsamen Einkommen profitieren. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder bis zu 14 Jahren von 0,3.

Der internationalen Literatur folgend, werden dem Einkommen auch fiktive (Netto-)Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum (Imputed Rent) zugerechnet. Zusätzlich werden, wie von der EU-Kommission auch für die EU-weite Einkommensverteilungsrechnung auf Basis von EU-SILC vorgeschrieben, auch fiktive Einkommensvorteile aus verbilligt überlassenem Mietwohnraum berücksichtigt (sozialer Wohnungsbau, privat oder arbeitgeberseitig verbilligter Wohnraum, Haushalte ohne Mietzahlung).³ Als einkommensarm gilt derjenige, dessen Einkommen unter die relative Armutsrisikogrenze fällt. Diese liegt nach einer europäischen Konvention bei 60 Prozent des Median der jährlichen Haushalts-Netto-Äquivalenzeinkommen des Vorjahres (auf der Basis von Gesamtdeutschland) inklusive von imputed rent.

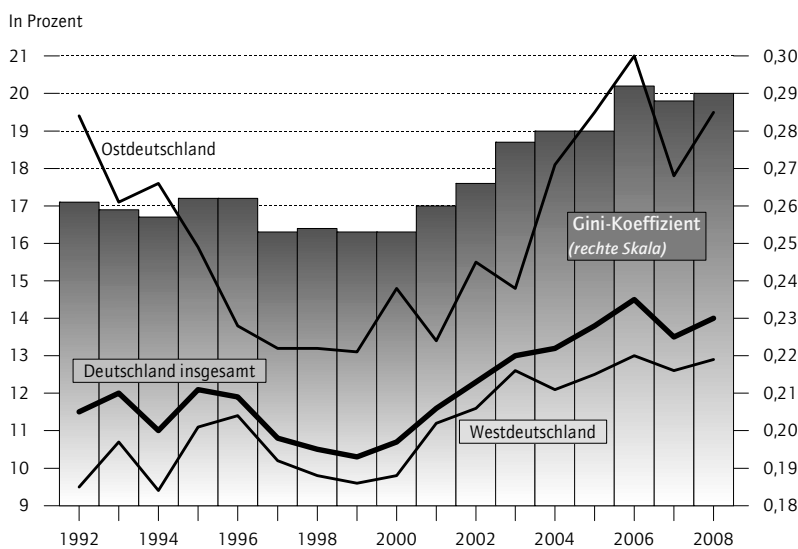
³ Frick, J. R., Goebel, J., Grabka, M. M.: Assessing the Distributional Impact of "Imputed rent" and "Non-cash Employee Income" in Micro-data. In: European Communities (ed.): Comparative EU Statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges. Proceedings of the EU-SILC conference, Helsinki, 6–8 November 2006, EUROSTAT, 116–142.

Die Armutsrisikoquote für Ostdeutschland lag in allen Beobachtungsjahren deutlich über dem westdeutschen Wert. Dies dürfte vorrangig mit der höheren Arbeitslosigkeit sowie dem häufigen Fehlen alternativer Einkommensquellen (zum Beispiel aus Kapitalerträgen) zusammenhängen. Im Verlauf des Transformationsprozesses mit anfänglich hohen Einkommenssteigerungen sank die Armutsrisikoquote im Osten von knapp 20 Prozent im Jahr 1992 auf 13,1 Prozent Ende der 90er Jahre. Danach ist sie aber wieder stark ge-

das für das Erreichen eines Mindestmaßes sozio-kultureller Teilnahme in der Gesellschaft als notwendig erachtet wird. Darüber hinaus muss bei der Interpretation der hier vorgelegten Ergebnisse berücksichtigt werden, dass das am Median gemessene reale Einkommen im Jahr 2008 um knapp zwei Prozent niedriger war als noch im Jahr 2000. In dieser Periode sind die Einkommen der Personen im untersten Dezil (die zehn Prozent der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen) durchschnittlich sogar um knapp neun Prozent gesunken, während Personen im obersten Dezil entsprechende Steigerungen um fast 15 Prozent erzielten. Dieses deutliche Auseinanderklaffen der Ränder der Einkommenshierarchie verdeutlicht – über die oben beschriebene Entwicklung des Gini-Koeffizienten hinausgehend – die Polarisierungstendenzen der deutschen Einkommensverteilung.

Abbildung 1

Armutsrisiko¹ und Einkommensungleichheit in Ost- und Westdeutschland



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

stiegen und lag 2008 mit 19,5 Prozent um mehr als sechs Prozentpunkte über dem Vergleichswert für Westdeutschland.

Junge Erwachsene mit dem höchsten Armutsrisiko aller Altersgruppen

In den vergangenen zehn Jahren ist die Armutsrisikoquote für die Bevölkerung insgesamt zwar um 3,5 Prozentpunkte – rund ein Drittel – gestiegen, über Altersgruppen hinweg war die Veränderung aber sehr unterschiedlich (Abbildung 2). Das geringste Risiko der Einkommensarmut zeigt sich bei Erwachsenen im Alter von 46 bis 55 Jahren. In diesem Lebensabschnitt ist die Bildungskarriere in der Regel abgeschlossen, die Erwerbsbeteiligung ist besonders stark ausgeprägt und noch nicht von Verrentung beeinflusst. Zudem sind im Haushalt lebende Kinder im Allgemeinen nicht mehr in einem Alter, in dem das Problem, Kindererziehung und Beruf in Einklang zu bringen, noch eine bedeutende Rolle spielt. Vor zehn Jahren betrug in dieser Gruppe der Anteil der von Armut Betroffenen etwas mehr als sechs Prozent, bis 2008 ist er stark – auf knapp elf Prozent – gestiegen.

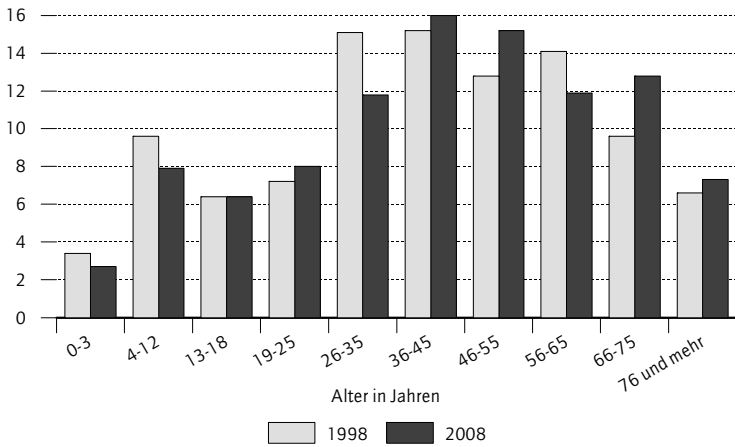
In den ersten Jahren nach einer Verrentung (Altersgruppe der 66- bis 75-Jährigen) fällt das Armutsrisiko ebenfalls unterdurchschnittlich aus. Im höheren Lebensalter ab 76 Jahren erreicht es

Abbildung 2

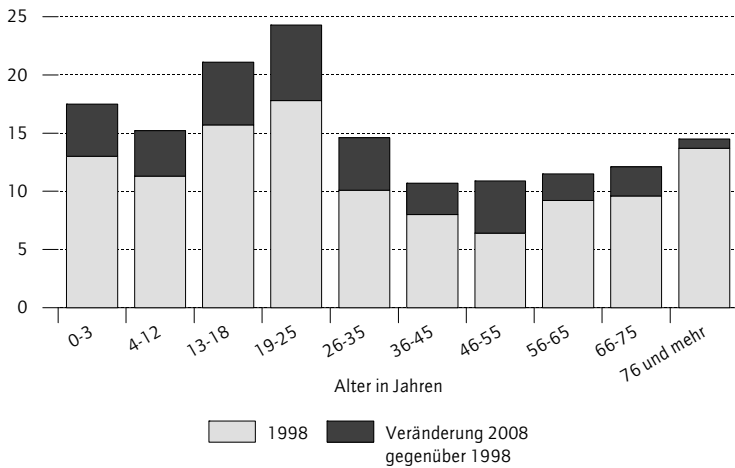
Bevölkerungsanteil und Armutsrisiko¹ nach Altersgruppen

In Prozent

Bevölkerungsanteil



Armutsrisikoquote



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

wieder den Wert für die Bevölkerung insgesamt, unter anderem bedingt durch die kürzere Lebensdauer von Männern und den damit verbundenen höheren Anteil von Witwen mit häufig etwas geringeren Alterseinkünften.

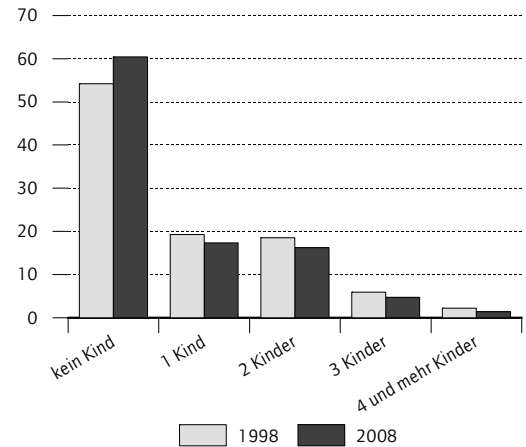
Zum Teil weit überdurchschnittliche Armutsrisiken sind hingegen bei Kindern und insbesondere bei jungen Erwachsenen zu beobachten. Im Jahr 2008 lebten knapp ein Viertel der Erwachsenen im Alter von 19 bis 25 Jahren in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen unterhalb der Armutsschwelle. Diese Gruppe weist – mit mehr als sechs Prozentpunkten – auch den absolut stärksten Zuwachs des Armutsrisikos in den vergange-

Abbildung 3

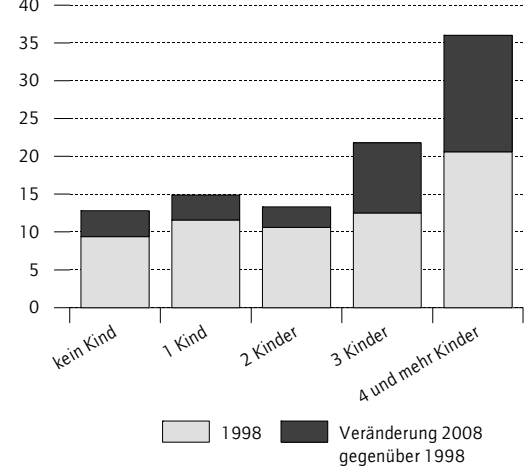
Bevölkerungsanteil und Armutsrisiko¹ nach der Zahl der Kinder im Haushalt

In Prozent

Bevölkerungsanteil



Armutsrisikoquote



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

nen zehn Jahren auf. Dazu dürften vor allem drei Faktoren beigetragen haben: Erstens haben die Dauer der Schul- und Berufsausbildung sowie der Anteil der Hochschulabsolventen an den jeweiligen Altersjahrgängen zugenommen, was den Eintritt in den Arbeitsmarkt und die Erzielung von Erwerbseinkommen verzögert.⁹ Zweitens erfolgt der Einstieg in den Arbeitsmarkt bei Vielen über prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder schlecht bezahlte Praktika (Generation Praktikum). Drittens gibt es einen Trend zur früheren Abspaltung vom elterlichen Haushalt, das heißt innerhalb der Gruppe der jungen Erwachsenen finden sich

⁹ Vgl. OECD, 2006: Education at a Glance.

Kasten 2

Imputation fehlender Antwortangaben

Ein Standardproblem in allen Bevölkerungsumfragen sind fehlende Angaben einzelner Befragungshaushalte, insbesondere bei als heikel empfundenen Fragen wie solchen nach dem Einkommen. Dabei ist festzustellen, dass insbesondere Haushalte mit über- oder unterdurchschnittlichen Einkommen die Angabe verweigern. In den hier analysierten Daten des SOEP werden fehlende Antwortangaben im Rahmen aufwendiger, quer- und längsschnittbasierter Imputationsverfahren ersetzt.¹ Dies betrifft auch fehlende Angaben bei vollständiger Verweigerung einzelner Haushaltsmitglieder in ansonsten befragungswilligen Haushalten (*Partial Unit Non-response*). In diesen Fällen wird seit 2009 (rückwirkend für alle Jahre) ein aufwendiges mehrstufiges Verfahren für sechs einzelne Brutto-Einkommenskomponenten (Erwerbseinkommen, Renten sowie Transferleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Ausbildung/Studium, Mutterschutz/Erziehungsgeld/Elterngeld und private Transfers) angewandt.² Dabei werden mit jeder neuen Datenerhebung immer alle fehlenden Werte auch rückwirkend neu imputiert, was gegebenenfalls zu leichten

Veränderungen gegenüber früheren Auswertungen führen kann.

Die diesen Analysen zugrunde liegenden Mikrodaten des SOEP ergeben nach Anwendung von Hochrechnungs- und Gewichtungsfaktoren ein repräsentatives Bild der Bevölkerung in Privathaushalten und erlauben somit Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit. Die sogenannte Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt. Diese Gewichtungsfaktoren korrigieren Unterschiede im Ziehungsdesign der diversen SOEP-Stichproben sowie im Teilnahmeverhalten der Befragten nach dem ersten Interview. Um die Kompatibilität mit der amtlichen Statistik zu erhöhen, werden die oben genannten Faktoren an Rahmendaten des Mikrozensus der amtlichen Statistik angepasst. Dabei wurde im Jahr 2009 eine grundlegende Revision rückwirkend für alle Erhebungsjahre des SOEP vorgenommen. Durch diese nachhaltige Verbesserung der Imputations- und Gewichtungsverfahren unterscheiden sich Detailergebnisse für die Analysejahre bis 2007 von früheren Veröffentlichungen des DIW Berlin: Dies betrifft jedoch lediglich die Niveaus von Armutsrisiko und Ungleichheit, während sich für die intertemporale Entwicklung im Untersuchungszeitraum die exakt gleichen Trends darstellen wie bisher berichtet. Die vorliegenden Ergebnisse sind direkt vergleichbar mit den Befunden im Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 51–52/2009 sowie im Jahresgutachten 2009 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

¹ Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M.: Item Non-response on Income Questions in Panel Surveys: Incidence, Imputation and the Impact on Inequality and Mobility. In: Allgemeines Statistisches Archiv, 89(1), 2005, 49–61.

² Frick, J. R., Grabka, M. M., Groh-Samberg, O.: Dealing with Incomplete Household Panel Data in Microsimulation Models. Paper prepared for the 2nd General Conference of the International Microsimulation Association (IMA) "Microsimulation: Bridging Data and Policy" Ottawa, Canada, 2009, www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.334116.de/soep_punr_2009.pdf.

zunehmend Ein-Personen- und Alleinerziehenden-Haushalte. Deren Bevölkerungsanteil hat gegenüber 1998 um gut sieben Prozentpunkte zugenommen. Die Armutsquote unter allein lebenden jungen Erwachsenen lag 2008 bei über 65 Prozent.¹⁰

Armutsrisiko steigt mit der Kinderzahl

Die Armutsrisikoquote für Kinder liegt insgesamt zwar über dem Durchschnitt, doch das Vorhandensein eines Kindes in einem Haushalt ist nicht zwangsläufig mit einem höheren Armutsrisiko verbunden. Differenziert nach der Zahl der minderjährigen Kinder (bis zu einem

Alter von 16 Jahren) im Haushalt, zeigt sich, dass Familienhaushalte von Paaren mit zwei Kindern mit 13,4 Prozent sogar ein leicht unterdurchschnittliches Armutsrisiko aufweisen (Abbildung 3). Mit zunehmender Kinderzahl steigt dieses aber deutlich. Bei Familien mit drei Kindern betrug es 2008 knapp 22 Prozent, und bei vier und mehr Kindern erreichte es 36 Prozent. Gegenüber 1998 ist das Armutsrisiko bei kinderreichen Haushalten damit überdurchschnittlich gestiegen.

Alleinerziehende besonders armutsgefährdet

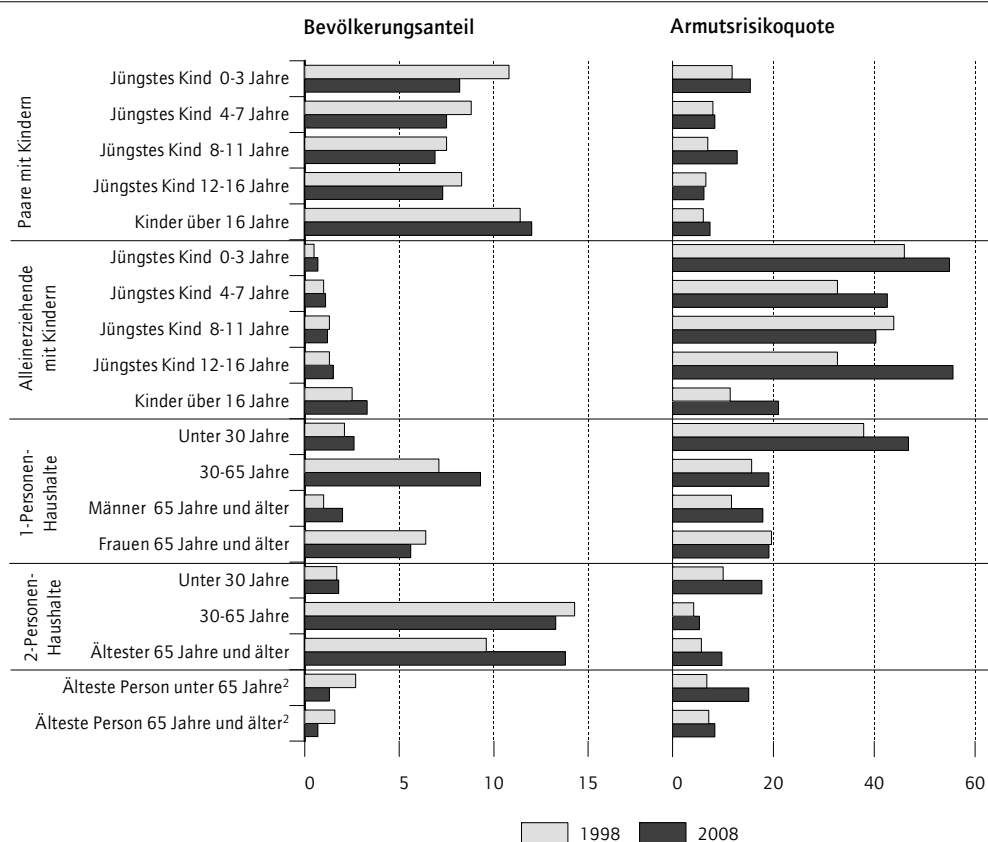
Unter allen Haushaltstypen weisen Alleinerziehende mit weitem Abstand die höchsten Armutsraten auf (Abbildung 4). Über 40 Prozent der Personen in Haushalten von Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern galten 2008 als ein-

¹⁰ Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass in dieser Gruppe Realtransfers aus dem elterlichen Haushalt bezogen werden, die hier nicht berücksichtigt werden können (dies betrifft zum Beispiel die Übernahme von Wohnkosten oder die Finanzierung von Gebrauchsgütern).

Abbildung 4

Bevölkerungsanteil und Armutsrisiko¹ nach Haushaltstypen

In Prozent



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

² Mehr-Generationen-Haushalte und sonstige Haushalte.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

kommensarm. War das jüngste Kind in einem solchen Haushalt bis zu drei Jahre alt, waren sogar mehr als die Hälfte der Personen von Armut betroffen. Die Zunahme des Armutsrisikos gegenüber 1998 war bei Alleinerziehenden, deren jüngstes Kind 12 bis 16 Jahre alt war, weit überdurchschnittlich.

Bei vollständigen Familienhaushalten von (Ehe-) Paaren mit Kindern ist das Armutsrisiko zum Teil deutlich geringer als im Bevölkerungsdurchschnitt. Ist das jüngste Kind 12 bis 16 Jahre alt, ist die Armutsquote mit rund sechs Prozent weniger als halb so hoch wie für die Bevölkerung insgesamt. Lediglich bei Paarhaushalten mit einem Kind bis zu drei Jahren erreicht diese Quote mehr als 15 Prozent. Hier macht sich ein eventueller Verdienstausschlag bei Geburt des Kindes bemerkbar, der durch das seit 2007 eingeführte Elterngeld jedoch abgemildert wird. Denn eine Betrachtung im Zeitverlauf macht deutlich, dass das Armutsrisiko von Haushalten mit Kindern bis zu einem

Jahr mit der Einführung des Elterngeldes um knapp fünf Prozentpunkte gesunken ist.

Kinderlose Paare im mittleren Alter (30 bis 65 Jahre) haben mit leicht über fünf Prozent das niedrigste Armutsrisiko aller hier untersuchten Haushaltstypen. Bei Paarhaushalten, deren älteste Person über 65 Jahre alt ist, steigt das Armutsrisiko zwar, es liegt aber weiterhin mit knapp zehn Prozent deutlich unter dem Durchschnitt. Diese Haushalte profitieren von vergleichsweise hohen Alterseinkommen und dem Wirtschaften in einem gemeinsamen Haushalt. Von letzterem können alleinstehende Menschen nicht profitieren. Daher fällt deren Armutsrisiko im Rentenalter bei Männern mit etwa 18 Prozent und bei allein lebenden Frauen mit rund 19 Prozent überdurchschnittlich aus. Diese beiden Gruppen machen aber nur etwas mehr als ein Drittel aller älteren Personen aus, da die Mehrzahl der Menschen ab 65 Jahren mit einem Partner zusammenlebt. Gegenüber 1998 hat sich das Armuts-

risiko bei allein lebenden Männern und Frauen ab 65 Jahren entgegengesetzt entwickelt. Während für Männer das Armutsrisiko um mehr als sechs Prozentpunkte zugenommen hat, ist es für Frauen in dieser Altersgruppe leicht gesunken. Hier dürften sich Phasen der Arbeitslosigkeit negativ auf die Rentenanwartschaften der Männer ausgewirkt haben, während bei Frauen der Anteil mit eigenen Rentenanwartschaften leicht gestiegen sein dürfte.

Das bestimmt das Armutsrisiko: Die Faktoren im Überblick

Der Zusammenhang von Armut und sozio-ökonomischen Charakteristika kann sich mit der Zeit ändern, zum Beispiel durch ein verändertes Erwerbsverhalten. Daher werden im Folgenden multivariate Regressionsanalysen des Armutsrisikos in Abhängigkeit von möglichen Einflussfaktoren für vier Zeitpunkte zwischen Anfang der 1990er Jahre und 2008 durchgeführt, wodurch der Einfluss einzelner Determinanten quantifiziert werden kann (Tabelle).¹¹

Als Kontrollvariablen werden neben einer ausführlichen Haushaltstypologie und dem Alter des jüngsten Kindes eine Reihe von Faktoren berücksichtigt, die Einfluss auf das Armutsrisiko haben können. In der Regressionsanalyse wird für jede dieser Variablen eine Referenzkategorie gebildet, und das Armutsrisiko aller anderen Subgruppen wird als prozentuale Abweichung vom Armutsrisiko der Referenzgruppe unter Konstanz aller anderen Faktoren gemessen. Durch die Gegenüberstellung der standardisierten Ergebnisse des identischen Regressionsmodells für mehrere Messzeitpunkte kann die Veränderung der Relevanz bestimmter Faktoren zur Erklärung des Armutsrisikos herangezogen werden.

Die deskriptiven Befunde werden im Wesentlichen durch die Regressionsanalysen bestätigt. Danach weisen im Jahr 2008 junge allein lebende Erwachsene bis zu einem Alter von 25 Jahren ein um bis zu 36 Prozent höheres Armutsrisiko im

¹¹ Als Regressionsverfahren wird ein Probit-Ansatz gewählt, bei dem die abhängige Variable Personen in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle identifiziert. Es wird die Wahrscheinlichkeit geschätzt, mit der eine Person beim Vorliegen eines bestimmten Merkmals (zum Beispiel alleinerziehend) unter Berücksichtigung aller anderen Variablen als einkommensarm gilt. Die hier als marginale Effekte ausgewiesenen Regressionskoeffizienten können direkt im Sinne einer prozentualen Veränderung des Armutsrisikos bei Vorliegen eines interessierenden Merkmals unter Konstanz aller anderen Einflussgrößen interpretiert werden. Für die statistischen Analysen wird jeder beobachtete Haushalt nur einmal berücksichtigt (repräsentiert durch den Haushaltsvorstand), da bei Mehr-Personen-Haushalten keine Unabhängigkeit der abhängigen sowie der Mehrzahl der unabhängigen Variablen über alle Mitglieder eines Haushalts gegeben ist.

Tabelle

Korrelate des Armutsrisikos¹ in Deutschland in ausgewählten Jahren

	1993	1998	2003	2008
Gemeindegröße kleiner als 2 000 Einwohner (Referenz)				
Mehr als 500 000 Einwohner	-0,042**	-0,014	-0,017*	-0,022*
100 000 bis 500 000 Einwohner	-0,027*	-0,01	-0,006	-0,009
20 000 bis 100 000 Einwohner	-0,035**	-0,003	-0,01	-0,014
2 000 bis 20 000 Einwohner	-0,025*	-0,007	-0,005	-0,008
Geschlecht: Frau				
	-0,003	0,004	0	0,004
Paar ohne Kinder, unter 65 Jahre (Referenz)				
Single bis 25 Jahre	0,274**	0,341**	0,275**	0,361**
Single 26 bis 64 Jahre	0,095**	0,093**	0,072**	0,089**
Single 65 Jahre und älter	-0,009	-0,009	-0,011	-0,028**
Paar 65 Jahre und älter, ohne Kinder	-0,051**	-0,031**	-0,032**	-0,042**
Familie mit Kindern unter 16 Jahren	-0,006	0,028**	-0,004	0,02*
Paar mit 1 Kind bis 16 Jahren	-0,002	0,031*	0,021	0,037**
Paar mit 2 Kindern bis 16 Jahren	0,04**	0,057**	0,023*	0,043**
Paar mit 3 und mehr Kindern bis 16 Jahren	0,127**	0,103**	0,064**	0,073**
Alleinerziehend	0,268**	0,251**	0,299**	0,23**
Sonstige Haushalte	-0,001	0,004	0,009	0,017
Jüngstes Kind im Haushalt unter 6 Jahre				
	0,032**	0,002	-0,006	-0,011
Index der Erwerbstätigkeit: nicht erwerbstätig (Referenz)				
1 bis 49 Prozent	-0,043**	-0,017**	0,003	-0,009
50 Prozent	-0,079**	-0,052**	-0,044**	-0,051**
51 bis 99 Prozent	-0,121**	-0,076**	-0,072**	-0,078**
100 Prozent	-0,149**	-0,107**	-0,093**	-0,105**
Ohne beruflichen Bildungsabschluss (Referenz)				
Mit beruflichem Bildungsabschluss	-0,05**	-0,034**	-0,043**	-0,041**
Universitäts- oder Fachhochschul-Abschluss	-0,073**	-0,052**	-0,061**	-0,073**
Autochthoner Haushalt (Referenz)				
Migrationshintergrund (EU-15)	0,012	0,014	0,021*	0,004
Migrationshintergrund (ausserhalb EU-15)	0,036**	0,045**	0,038**	0,067**
Ostdeutschland				
	0,13**	0,027**	0,025**	0,048**
Guter Gesundheitsstatus (Referenz)				
Mittlerer Gesundheitsstatus	0,011	0,003	0,006	0,007
Schlechter Gesundheitsstatus	0,025**	0,009	0,01*	0,025**
Wohneigentümer				
	-0,049**	-0,054**	-0,069**	-0,087**
Pflegebedürftige Person im Haushalt				
	0,037*	-0,011	-0,017*	-0,023**
Zahl der Beobachtungen	6 486	7 395	11 791	10 804
Pseudo R ²	0,3176	0,3405	0,3553	0,3459

* signifikant bei 5 Prozent, ** signifikant bei 1 Prozent Irrtumswahrscheinlichkeit.

¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

Vergleich zu einem kinderlosen Paarhaushalt im mittleren Alter auf – bei Berücksichtigung aller anderen Faktoren. Dieser Befund ist über die Zeit hinweg noch etwas deutlicher geworden. Auch allein lebende Singles im erwerbsfähigen Alter (26 bis 64 Jahre) sind einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als die Referenzgruppe. Hier dürfte sich das Fehlen der Einkommensvorteile des gemeinsamen Wirtschaftens in Mehr-Personen-Haushalten auswirken, da Fixkosten wie die Miete nicht geteilt werden können. Zudem kann im Fall von Arbeitslosigkeit nicht auf alternative Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder zurückgegriffen werden.

Kinderlose ältere Paare im Alter von 65 und mehr Jahren weisen im Vergleich zur Referenzgruppe ein leicht niedrigeres Armutsrisiko auf. Hier dürften sich unter anderem lebenszyklusbedingt höhere Kapitaleinkünfte bemerkbar machen. Zudem leben diese Menschen häufig in entschuldetem Wohneigentum – der daraus resultierende fiktive Einkommensvorteil der nicht (mehr) zu zahlenden Wohnkosten ist in der vorliegenden Einkommensdefinition explizit berücksichtigt.¹² Auch allein lebende Menschen ab 65 Jahren unterliegen einem vergleichsweise geringen Armutsrisiko, und der Abstand zum Durchschnitt der Bevölkerung ist in den vergangenen Jahren größer geworden. Insgesamt – und unter Berücksichtigung aller anderen Einflussfaktoren – hat sich also die Wohlfahrtsposition von Älteren in Deutschland in den letzten Jahren verbessert.¹³

Familienhaushalte sind umso eher von Armut betroffen, je höher ihre Kinderzahl. Bei Paaren mit drei und mehr Kindern hat sich dieser Effekt allerdings im Zeitraum von 1993 bis 2008 deutlich, von 13 Prozent auf rund sieben Prozent, reduziert. Alleinerziehend zu sein erhöht die Wahrscheinlichkeit der Armut gegenüber der Referenzgruppe – kinderlose Paarhaushalte mittleren Alters – um bis zu 30 Prozent.

Ist das jüngste Kind im Haushalt noch im Vorschulalter (bis sechs Jahre), wird es schwierig, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren, falls keine ausreichenden vorschulischen Betreuungseinrichtungen verfügbar sind. Bei Berücksichtigung aller anderen Charakteristika zeigt sich für 1993 noch ein signifikant höheres Armutsrisiko für solche Haushalte. Im Verlauf der Jahre hat sich dies mit dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur deutlich verändert.¹⁴ Das alleinige Vorhandensein eines kleinen Kindes führt nicht mehr zwangsläufig zu einem höheren Armutsrisiko. Hier dürfte sich auch die Einführung des Elterngeldes positiv ausgewirkt haben.

Ein höherer Beschäftigungsgrad wirkt stark dämpfend auf das Risiko, arm zu sein.¹⁵ So haben

12 Eigentümer einer selbst genutzten Immobilie weisen auch nach statistischer Kontrolle wichtiger erklärender Variablen ein klar unterdurchschnittliches Risiko der Einkommensarmut auf.

13 Eine umfassende Analyse der Wohlfahrtsposition erfordert neben der Einkommensanalyse auch die Berücksichtigung der Vermögenssituation. Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M.: Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 3/2010.

14 Seit 1996 gibt es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt, vgl. Aachtes Sozialgesetzbuch (Kinder- und Jugendhilfegesetz, § 24). Dieser Anspruch bezieht sich in der Regel auf einen Halbtagsplatz.

15 Die Arbeitsmarktpartizipation eines Haushaltes wird hier gemessen als Anteil der im Vorjahr verbrachten Arbeitszeit an der potentiellen Arbeitszeit aller im Haushalt lebenden Erwerbspersonen.

Haushalte mit durchgehender Vollzeiterwerbstätigkeit gegenüber der Referenzpopulation der Erwerbslosen-Haushalte ein um zehn Prozent reduziertes Armutsrisiko. Haushalte mit geringer Arbeitsintensität (mit weniger als der Hälfte der potentiellen Erwerbszeit) haben sich im Hinblick auf das Armutsrisiko im Lauf der Zeit immer mehr den Haushalten ohne jegliche Erwerbstätigkeit angenähert. Dieses Ergebnis kann dahingehend interpretiert werden, dass mit der Ausweitung des Niedriglohnssektors in Deutschland auch die Chance, den Bereich von Einkommensarmut zu verlassen, geringer geworden ist.¹⁶

Das Bildungsniveau des Haushaltsvorstandes steht in einem deutlichen Zusammenhang mit dem Armutsrisiko. Gegenüber Haushalten mit einem Vorstand ohne berufsbildenden Abschluss verringert ein Universitäts- oder Fachhochschulabschluss das Armutsrisiko um rund sieben Prozent. Der Gesundheitszustand des Haushaltsvorstands kann als Indikator für das Leistungsvermögen interpretiert werden: Entsprechend korreliert ein schlechter Gesundheitszustand mit einem signifikant erhöhten Armutsrisiko.

Migranten weisen gewöhnlich höhere Arbeitslosenquoten auf als Einheimische. Differenziert man aber Personen mit Migrationshintergrund nach deren Herkunft, so zeigt sich, dass jene aus den alten EU-Mitgliedstaaten (EU-15) ein kaum höheres Risiko der Einkommensarmut haben. Migranten aus Nicht-EU-Ländern sind hingegen durchweg mit einem deutlich höheren Armutsrisiko konfrontiert – der Abstand hat in letzter Zeit weiter zugenommen.¹⁷

Die Größe der Gemeinde, in der ein Haushalt lebt, kann als Indikator für die Arbeitsmarktchancen der ansässigen Bevölkerung gesehen werden. So steigt im Regelfall mit zunehmender Gemeindegröße auch die Zahl der Beschäftigungsmöglichkeiten. Ein signifikanter Beitrag der Gemeindegröße zur Erklärung des Armutsrisikos ergibt sich jedoch – bei gleichzeitiger Berücksichtigung der individuellen Erwerbsbeteiligung – lediglich für Großstädte. Dort war das Armutsrisiko 2008 um etwa zwei Prozentpunkte niedriger als in den dörflichen Referenzregionen.

Personen in Haushalten, in denen alle Erwerbspersonen im Vorjahr ganzzählig vollzeitbeschäftigt waren, erhalten einen Indexwert von 100, bei Teilzeitbeschäftigung wird mit 50 Prozent gewichtet. Im Extremfall der Nichterwerbstätigkeit aller Erwerbspersonen nimmt der Index den Wert Null an.

16 Vgl. Kalina, T., Weinkopf, C.: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. In: IAQ Report 2008-01.

17 Diese Ergebnisse müssen nicht notwendigerweise auf eine aktive Diskriminierung dieser Migrantengruppen hinweisen, sondern können auch Ergebnis von institutionellen Restriktionen sein, wie dem fehlenden Zugang zu einer Arbeitserlaubnis.

Die in diesem Bericht zugrunde gelegte Armutsrisikoschwelle basiert auf 60 Prozent des Median der gesamtdeutschen Einkommensverteilung. Entsprechend dem in den ersten Jahren des Transformationsprozesses deutlich niedrigeren Einkommensniveau in Ostdeutschland weist der Regressionskoeffizient für 1993 noch auf ein stark erhöhtes Armutsrisiko in den neuen Ländern hin. Dieser Effekt verringert sich in der Folgezeit zwar, seit einigen Jahren nimmt die regionale Disparität aber wieder zu.

Anfang der 90er Jahre führte das Vorhandensein einer pflegebedürftigen Person in einem Haushalt noch zu einem signifikant höheren Armutsrisiko – insbesondere aufgrund der häufig damit einhergehenden Einschränkungen bei der Erwerbstätigkeit der pflegenden Person. Im Zeitverlauf kann hier eine signifikante Reduktion des Risikos von Einkommensarmut gegenüber der Referenzgruppe beobachtet werden. Dies dürfte vorrangig eine Folge der Einführung der Pflegeversicherung 1995 und der damit verbundenen monetären Leistungen sein. Andererseits werden Haushalte mit einer zu pflegenden Person oft auch erst durch diese finanziellen Transfers in die Lage versetzt, Pflege zu Hause durchzuführen.

Fazit und Ausblick

Nach den neuesten Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) lebten im Jahr 2008 in Deutschland rund 14 Prozent der Bevölkerung in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Dabei fallen ausgeprägte Unterschiede nach Region (West: 12,9 Prozent; Ost: 19,5 Prozent) und sozialstrukturellen Charakteristika auf. Von 1998 bis 2008 ist das Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung und insbesondere der Kinder und jungen Erwachsenen – darunter viele Alleinerziehende – stark gestiegen. Altersarmut stellt hingegen aktuell kein vorrangiges Problem dar – hierzu haben auch die Leistungen der Pflegeversicherung beigetragen.

Das hohe Armutsrisiko in Kindheit und Jugend beeinträchtigt die Entwicklungsmöglichkeiten im weiteren Lebensverlauf und bleibt somit weiter-

hin eine Herausforderung für die Politik.¹⁸ Durch den koordinierten Einsatz geeigneter Instrumente kann jedoch Kinderarmut zurückgedrängt werden, wie das Beispiel Großbritanniens veranschaulicht.¹⁹ Eine ausschließliche Aufstockung monetärer Transfers zur Reduktion von Kinderarmut ist hier jedoch nicht nachhaltig, da so zwar die Symptome, aber nicht die Ursachen von Armut kuriert werden. Es gibt deutliche Hinweise auf erfolgreiche Armutsbekämpfung mit Hilfe zielgruppenspezifischer monetärer und nicht-monetärer Unterstützung im Zusammenhang mit der Einführung des Elterngeldes sowie des Ausbaus der Kinderbetreuungsinfrastruktur, insbesondere für Kinder ab drei Jahren.²⁰ Mit der zum 1. Januar 2010 beschlossenen Erhöhung des Kindergeldes wird das Problem der zunehmenden Kinderarmut aber nicht adäquat bekämpft. Haushalte mit hohem Einkommen profitieren aufgrund der steuerrechtlichen Anpassung beim Kinderfreibetrag überproportional, während dieser zusätzliche Transfer bei Haushalten mit Bezug von Arbeitslosengeld II vollständig angerechnet wird. Auch diese Leistung wird im Rahmen der vom Bundesfamilienministerium initiierten und zusammen mit dem Bundesfinanzministerium organisierten Evaluation der über 150 verschiedenen ehe- und familienpolitischen Leistungen auf Effizienz und Effektivität zu prüfen sein.

18 Dies betrifft neben der ökonomischen auch die gesundheitliche und die Persönlichkeits-Entwicklung, vgl. Deutsches Jugendinstitut (DJI): Thema 2007/11: Kinderarmut: einmal arm – immer arm? www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=790&Jump1=LINKS&Jump2=15.

19 Großbritannien ist eines von nur wenigen OECD-Ländern, in denen der Anteil der von Armut betroffenen Kinder in den vergangenen zehn Jahren rückläufig war. Im Rahmen der von Blair Ende der 90er Jahre initiierten Politik zur Reduktion der Kinderarmut kam ein Mix von Instrumenten zum Einsatz: a) Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Eltern mit Hilfe von Mindestlohn, negativer Einkommensteuer, reduzierten Sozialversicherungsbeiträgen für Niedrigeinkommensbezieher; b) direkte Einkommenstransfers an Kinder und c) alters- und zielgruppenspezifische Förderprogramme für Kinder. Trotz gewisser Erfolge weist Großbritannien weiterhin eine überdurchschnittlich hohe Kinderarmut im OECD-Vergleich auf. Im Gegensatz dazu liegt vor allem in skandinavischen Ländern das Risiko für Kinderarmut weit unter dem OECD-Durchschnitt, vgl. OECD (2008): *Growing Unequal*, Paris.

20 Trotz der Erfolge beim Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen werden derzeit nur rund ein Fünftel aller Kinder unter drei Jahren in einer Tageseinrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreut, vgl. Statistisches Bundesamt: *Kindertagesbetreuung regional 2009*. Wiesbaden 2010. Insofern ist der bereits beschlossene Ausbau der Betreuungsquote für unter Dreijährige auf 35 Prozent bis 2013 ein wichtiger weiterer Schritt.

JEL Classification:
D31, I32, H53

Keywords:
Poverty risk,
Social exclusion,
SOEP

Innovation stärkt Auslandsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen

Anna Lejpras
alejpras@diw.de

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Internationalisierung von kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, stark zugenommen. Über die Auslandsaktivitäten des Mittelstandes ist jedoch – anders als bei großen, multinationalen Unternehmen – bislang wenig bekannt. Daten über ostdeutsche Unternehmen zeigen, dass die Größe und die Innovationsfähigkeit das internationale Engagements des Mittelstandes – gemessen an Exporten und Verlagerungen – erheblich beeinflussen. Darüber hinaus prägen auch unternehmensexterne Faktoren die Auslandstätigkeiten von kleinen und mittleren Unternehmen. Insbesondere die Position gegenüber Wettbewerbern sowie Standortbedingungen wie die Nähe zu Forschungseinrichtungen und die Unterstützung durch regionale Behörden und Organisationen sind von Bedeutung. Eine regionale Politik, die die Präsenz der KMU auf internationalen Märkten verbessern will, sollte also die Innovationskompetenz der Unternehmen stärken und die regionale Wirtschaft durch gute Service- und Beratungsangebote unterstützen.

Das Phänomen der Globalisierung wird zwar vor allem mit den Aktivitäten von Großunternehmen assoziiert, aber auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU), insbesondere in der Industrie, sind immer stärker auf ausländischen Märkten aktiv.¹ Dennoch ist das Auslandsverhalten des Mittelstandes im Vergleich zu großen Verbundunternehmen bisher wenig untersucht worden.²

Ziel dieser Studie ist es, wichtige Einflussgrößen der Internationalisierung eigenständiger KMU des verarbeitenden Gewerbes zu identifizieren.³ Im Einzelnen geht es um zwei Formen der Auslandsaktivität: den Export und die Verlagerung von Teilen der Produktion oder anderer Tätigkeiten ins Ausland. Theoretische Erklärungsansätze gehen davon aus, dass Unternehmen beim Kosten-Nutzen-Vergleich von verschiedenen Varianten der Präsenz auf internationalen Märkten eine Reihe von Faktoren berücksichtigen.⁴ Als optimale Art und optimales Ausmaß des Auslandsengagements wird diejenige Internationalisierungsstrategie gewählt, die maximale Profite unter den betrachteten Alternativen verspricht. Die maßgeblichen Bestimmungsgrößen werden im Allgemeinen in betriebspezifische und externe Faktoren unterteilt.⁵ Betriebspezifische Faktoren sind Unternehmenseigenschaften wie Größe, Alter, Innovationskompetenz und Bran-

¹ Vgl. KfW Bankengruppe, Creditreform, IfM, RWI, ZEW (Hrsg.): Den Aufschwung festigen – Beschäftigung und Investitionen weiter vorantreiben. Mittelstandsmonitor 2007, 95–155.

² Vgl. OECD: Staying Competitive in the Global Economy: Compendium of Studies on Global Value Chains. Paris 2008.

³ Als KMU werden hier Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten betrachtet.

⁴ Vgl. Clark, T., Mallory, G.: The Impact of the Strategic Choice on the Internationalisation of the Firm. In: Chrysochoidis, G., Millar, C., Clegg, J.: Internationalisation Strategies. London und New York 1997, 196–206; Root, F.R.: Entry Strategies for International Markets. Lexington, Mass., 1987; Welford, R., Prescott, K.: European Business: An Issue-based Approach. London 1994.

⁵ Vgl. Cavusgil, T., Zou, S.: Marketing Strategy-performance Relationship: An Investigation. Journal of Marketing 58(1), 1994, 1–21.

So haben wir gerechnet: 3 063 eigenständige KMU aus Ostdeutschland im Fokus

Der empirischen Analyse liegen Informationen aus einer repräsentativen Unternehmensbefragung in Ostdeutschland zugrunde, die das DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchführte.¹ Sie richtete sich an rund 29 000 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors. Insgesamt nahmen rund 6 200 Unternehmen daran teil. Die Erhebung erbrachte allgemeine Angaben über die Unternehmen, Informationen zu deren wirtschaftlicher Lage, zur Wettbewerbssituation, zu FuE- und Innovationsaktivitäten, zu Kooperationen sowie zur Produktionskapazität. Darüber hinaus haben die Unternehmen die Wichtigkeit und Qualität von 15 Standortfaktoren eingeschätzt, beispielsweise die Nähe zu Hochschulen, überregionale Verkehrsverbindungen, Leistungen der örtlichen Geldinstitute und Unterstützung durch die Landesregierung oder die Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

KMU, die zu einer Unternehmensgruppe gehören, operieren unter anderen Voraussetzungen als eigenständige KMU. Zwischen den Unternehmen eines Verbundes können nicht nur Kompetenzen oder Ressourcen ausgetauscht, sondern auch die mit einem Auslandsengagement verbundenen Kosten und Risiken geteilt werden. Ferner ist es nicht eindeutig, inwieweit die Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Strategie und Entwicklung bei den jeweiligen Betriebsstätten liegt, da die Organisationsstrukturen der Unternehmensgruppen in Einzelfällen nicht bekannt sind. Aufgrund dessen wurden die Unternehmen, die zu einem Verbund gehören, aus der Analyse ausgeschlossen. Zudem wurden die Beobachtungen mit fehlenden Angaben sowie Dienstleistungsunternehmen aus dem Datensatz entfernt. Somit verblieben Angaben von 3 063 ostdeutschen eigenständigen KMU des verarbeitenden Gewerbes als Datengrundlage für die Untersuchung.

Wie immer bei Stichproben stellt sich die Frage, inwieweit der genutzte Datensatz repräsentativ ist. Um dies zu prüfen, werden die Angaben zum Auslandsengagement des untersuchten ostdeutschen industriellen Mittelstands den Informationen anderer Studien nach Größenklassen gegenübergestellt (Tabelle). Auch wenn die zum Vergleich herangezogenen Angaben durch strukturelle Merkmale der jeweiligen Datengrundlage geprägt sind und sich auch auf andere Größenklassen beziehen, zeigen sich in Bezug auf die Auslandsaktivitäten ähnliche

Werte wie bei der Befragung von KMU in der ostdeutschen Industrie. Größere Differenzen ergeben sich für die Produktionsverlagerungen ins Ausland. Mögliche Gründe dafür sind, dass die Vergleichsdatensätze auch Verbundunternehmen enthalten oder dass – wie im Fall der Befragungsdaten *Modernisierung der Produktion 2006* – größere Unternehmen in der Stichprobe überrepräsentiert sind.² Die Untersuchung basiert auf einer Befragung im Herbst 2004. Die daraus ableitbaren strukturellen Schlussfolgerungen bleiben jedoch für die Wirtschafts- und Förderpolitik in Ostdeutschland auch im Jahr 2010 aktuell.

² Vgl. Kinkel, S., Maloca, S., Jäger, A.: Produktions- und FuE-Verlagerungen ins Ausland – Verbreitung, Motive und strategische Implikationen für das deutsche Verarbeitende Gewerbe. Stuttgart 2009, 10.

Tabelle

Auslandsaktivitäten deutscher KMU im verarbeitenden Gewerbe nach unterschiedlichen Studien

Anteile in Prozent

	Ostdeutsche KMU ¹	IAB-Betriebspanel 2003 ²	Deutsche Bundesbank 2005 ³	Projekt Modernisierung der Produktion 2006 ⁴
Exportierende Unternehmen insgesamt	32,4	35,0	–	–
Bis 9 Beschäftigte	21,6	19,0	–	–
10 bis 49 Beschäftigte	36,9	38,0	–	–
50 bis 99 Beschäftigte	60,6	37,0	–	–
100 bis 249 Beschäftigte	73,0	47,0	–	–
250 bis 499 Beschäftigte	–	56,0	–	–
500 und mehr Beschäftigte	–	64,0	–	–
Unternehmen insgesamt, die eine Verlagerung ins Ausland vornahmen	2,4	–	–	–
Bis 9 Beschäftigte	1,4	–	4,3	–
10 bis 49 Beschäftigte	1,8	–	4,7	10,0 ⁵
50 bis 99 Beschäftigte	8,0	–	15,5	22,0
100 bis 249 Beschäftigte	16,0	–	75,7	46,0
250 bis 499 Beschäftigte	–	–	–	–
500 und mehr Beschäftigte	–	–	–	–

¹ Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

² Eickelpasch, A., Pfirrmann, O.: Erschließung des Marktpotenzials in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten durch kleine und mittlere Unternehmen. DIW Berlin Politikberatung kompakt 47, 2008, 35.

³ Investoren mit Direktinvestitionen im Ausland, Eickelpasch, A., Pfirrmann, O.: Erschließung des Marktpotenzials in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten durch kleine und mittlere Unternehmen. DIW Berlin Politikberatung kompakt 47, 2008, 39.

⁴ Kinkel, S., Maloca, S., Jäger, A.: Produktions- und FuE-Verlagerungen ins Ausland – Verbreitung, Motive und strategische Implikationen für das deutsche Verarbeitende Gewerbe. Stuttgart 2009.

⁵ Nur 20 bis 99 Beschäftigte.

Quelle: Darstellung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

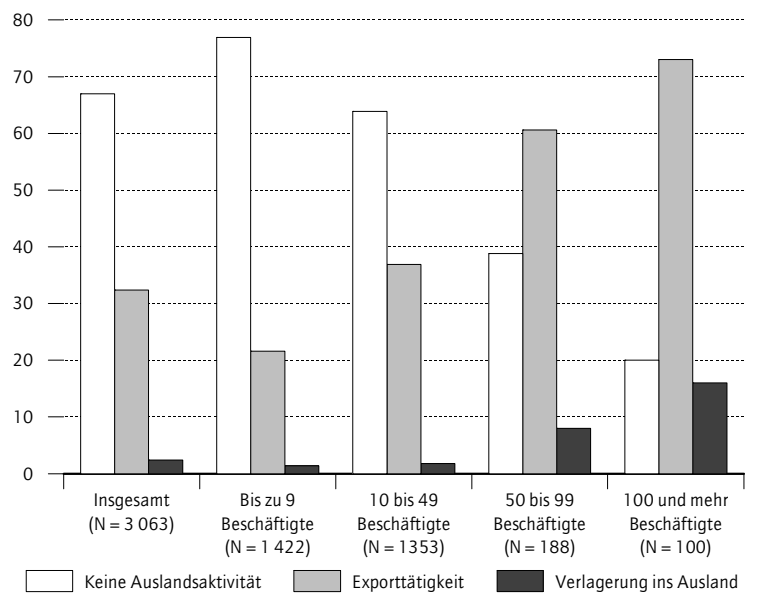
Die Ergebnisse unterschiedlicher Studien haben nach den Größenklassen der Unternehmen alle ähnliche Anteile für die Auslandsaktivitäten.

¹ Vgl. Informationen zur Repräsentativität der Befragung finden sich in Eickelpasch, A., Pfeiffer, I.: Unternehmen in Ostdeutschland – wirtschaftlicher Erfolg mit Innovationen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 14/2006.

Abbildung 1

Auslandsaktivitäten ostdeutscher KMU¹ nach Größenklassen 2003/2004

Anteile in Prozent



¹ Kleine und mittlere eigenständige Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe.

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2010

Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten haben besondere Auslandsaktivitäten – über 60 Prozent exportieren.

chenzugehörigkeit. Mit diesen Merkmalen wird der Heterogenität der Unternehmen Rechnung getragen. Die externen Faktoren sollten hingegen die Wirkung des Unternehmensumfeldes auf die Wahl der Internationalisierungsstrategie erfassen. Dabei werden die lokalen Standortbedingungen, die Wettbewerbssituation und die Kooperationsaktivitäten betrachtet.

Mit dem hier gewählten Schätzansatz wird berücksichtigt, dass ein Unternehmen beide Internationalisierungsstrategien – Export und Verlagerung – simultan verfolgen kann.⁶ Informationen aus einer schriftlichen Befragung ostdeutscher Unternehmen, die vom DIW Berlin im Jahr 2004 durchgeführt wurde, bilden die Datengrundlage der Studie (Kasten).

Große und innovative KMU sind stärker auslandsorientiert

In den Jahren 2003/2004 war ein Drittel der ostdeutschen eigenständigen KMU im Ausland

⁶ Lejpras, A.: Determinants of Internationalization: Differences Between Service and Manufacturing SMEs. Diskussionspapier des DIW Berlin, Nr. 886, 2009.

aktiv (Abbildung 1). Rund 32 Prozent der Unternehmen haben Güter exportiert und 2,4 Prozent haben Tätigkeiten ins Ausland verlagert.⁷ Die Internationalisierung variiert stark nach der Größe der Unternehmen. Etwa 77 Prozent der Kleinstunternehmen (bis neun Beschäftigte) operierten ausschließlich auf nationalen Märkten. Bei großen KMU mit 100 und mehr Beschäftigten sind es dagegen nur 20 Prozent. Mehr als 70 Prozent dieser Unternehmen haben exportiert und 16 Prozent haben Verlagerungen ins Ausland vorgenommen.

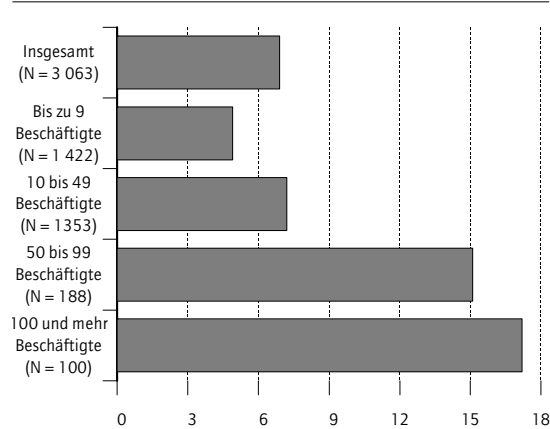
Auch die Intensität der Exportaktivitäten nimmt mit der Unternehmensgröße deutlich zu (Abbildung 2). Im Durchschnitt lag die Exportquote 2003/2004 bei kleinen Unternehmen (bis neun Beschäftigte) bei fünf Prozent. Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten erreichten gut sieben Prozent und Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten über 15 Prozent.

⁷ Der überwiegende Teil der Kapazitätsverlagerungen des ostdeutschen Mittelstandes in den Jahren 2003/2004 (knapp 87 Prozent) hat sich auf die neuen Mitgliedstaaten der EU gerichtet. Dabei sind Polen und Tschechien die am meisten gewählten Zielländer: Etwa 40 Prozent beziehungsweise 30 Prozent der Verlagerungen gingen dorthin. Knapp 18 Prozent der Verlagerungen gingen in andere neue EU-Mitgliedstaaten. Die Anteile der alten EU-Länder und der übrigen Welt betragen gut sieben beziehungsweise knapp sechs Prozent, vgl. auch Eickelpasch, A., Pfeiffer, I.: Standortverlagerungen in der ostdeutschen Industrie. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 14/2006.

Abbildung 2

Exportquote ostdeutscher KMU¹ nach Größenklassen 2003/2004

In Prozent



¹ Kleine und mittlere eigenständige Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe.

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004. DIW Berlin 2010

Mit Exportquoten von 15 Prozent und mehr sind die Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten besonders aktiv.

Tabelle 1

Auslandsaktivitäten ostdeutscher KMU¹ nach Wirtschaftszweigen 2003/2004

Anteile in Prozent

	Export-tätigkeit	Verlagerung ins Ausland	Keine Auslands-aktivität	Zahl der Unternehmen
Unternehmen insgesamt	32,4	2,4	67,0	3 063
Forschungsintensive Industriezweige insgesamt	49,6	2,7	50,0	914
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	60,9	4,7	37,5	64
Maschinenbau	48,6	1,9	53,3	360
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	66,7	0,0	41,7	12
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	44,5	4,1	55,5	146
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	61,2	6,1	38,8	49
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren	51,4	0,9	49,1	220
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	48,4	6,5	48,4	31
Sonstiger Fahrzeugbau	25,0	6,3	75,0	32
Übrige Industriezweige insgesamt	25,1	2,3	74,2	2 149
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Getränken	10,7	1,5	88,2	271
Herstellung von Textilien	45,7	3,7	51,9	81
Herstellung von Bekleidung	28,6	7,1	64,3	42
Herstellung von Leder und Lederwaren	30,8	7,7	65,4	26
Herstellung von Holz sowie Holz-, Kork- und Flechtwaren (ohne Herstellung von Möbeln)	16,6	1,3	82,8	157
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	55,6	0,0	44,4	27
Herstellung von Verlags- und Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	19,7	1,7	77,3	233
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	51,2	3,0	47,6	168
Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	18,8	1,3	80,0	160
Metallerzeugung und -bearbeitung	45,0	5,0	50,0	40
Herstellung von Metallerzeugnissen	22,3	1,9	77,5	730
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	38,7	6,3	59,9	142
Rückgewinnung	20,8	0,0	80,6	72

¹ Kleine und mittlere eigenständige Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe.

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2010

Forschungsintensive Industriezweige sind besonders wettbewerbsfähig und exportieren einen hohen Anteil ihrer Produktion. Aber auch in den anderen Zweigen gibt es erfolgreiche Exporteure.

Unternehmen in forschungsintensiven Industriezweigen weisen eine deutlich überdurchschnittliche Exportorientierung auf (Tabelle 1).⁸ Der Anteil der Exporteure war hier 2003/2004 mit rund 50 Prozent doppelt so hoch wie bei den übrigen Unternehmen. Bei Verlagerungen unterscheiden sich beide Gruppen dagegen kaum (2,7 gegenüber 2,4 Prozent).

Ein positiver Zusammenhang zeigt sich auch zwischen der Innovationsfähigkeit der Unternehmen – gemessen durch vier Indikatoren – und ihrem Auslandsengagement (Abbildung 3). Unternehmen, die völlig neue Produkte auf den Markt

gebracht oder Patente angemeldet haben, sind besonders häufig im Ausland aktiv. Die im Export tätigen Unternehmen weisen dabei im Durchschnitt eine höhere FuE-Intensität auf, als Unternehmen, die Produktionsprozesse verlagern.

Regionales Umfeld kann Auslandsaktivitäten begünstigen

Im Vergleich zu Groß- und/oder Verbundunternehmen verfügen eigenständige KMU über geringere Spielräume bei der Finanzierung sowie bei Personal- und Wissensressourcen. Sie können von der überregionalen und internationalen Arbeitsteilung weniger profitieren. KMU ohne Konzernanbindung sind daher relativ stark von externen Bedingungen abhängig.⁹ Eine günstige

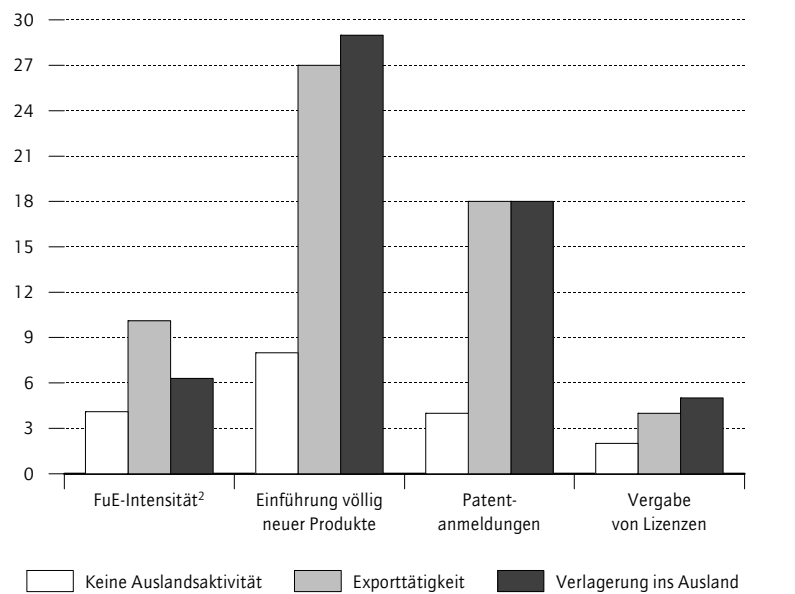
⁸ Als forschungsintensive Industriezweige sind die folgenden Branchen definiert: Herstellung von chemischen Erzeugnissen, Maschinenbau, Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Rundfunk und Nachrichtentechnik, Medizintechnik und Optik, Fahrzeugbau, vgl. NIW, ISI: Neuaufgrenzung der Wissenswirtschaft – forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen. Studien zum deutschen Innovationssystem, Nr. 22-2007.

⁹ Vgl. Acs, Z.J., Morck, R., Shaver, J.M., Yeung, B.: The Internationalization of Small and Medium-sized Enterprises: A Policy Perspective.

Abbildung 3

Auslandsaktivitäten ostdeutscher KMU¹ nach Innovationsindikatoren 2003/2004

Anteile in Prozent



¹ Kleine und mittlere eigenständige Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe.
² Anteil des Personaleinsatzes in FuE am Gesamtpersonal.

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2010

Die Einführung neuer Produkte und Patentanmeldungen gehen mit Exporttätigkeit und Verlagerungen ins Ausland einher.

ge Faktorausstattung am Standort ist daher für eigenständige KMU von besonderem Gewicht. Auch die Auslandsaktivitäten dieser Unternehmen dürften von guten Standortbedingungen begünstigt werden.

In der Befragung haben die Unternehmen Angaben zur Bedeutung und zur Qualität von Standortfaktoren gemacht. Diese lassen sich in vier Gruppen unterteilen:

- regionales Angebot an qualifizierten Arbeitskräften,
- Nähe zu Forschungseinrichtungen,
- überregionale Verkehrsanbindungen und
- Unterstützung durch regionale Behörden und andere Organisationen.¹⁰

Small Business Economics, 9(1), 1997; Hollenstein, H.: Determinants of International Activities: Are SMEs Different? Small Business Economics, 24, 1991.

¹⁰ Die Verwendung von Unternehmenseinschätzungen der Standortbedingungen können gewisse Bedenken hervorrufen, da sie nicht immer mit den tatsächlichen Gegebenheiten übereinstimmen müssen. Sie sind aber insofern von Bedeutung, als sie Meinungen von Entscheidungsträgern erfassen und somit unmittelbar handlungsrelevant sind. Überdies erlaubt es diese Vorgehensweise zu berücksichtigen, dass nicht alle Unternehmen gleich sind, was ihre Anforderungen an Standortbedingungen anbelangt. Mit anderen Worten kann somit eine unternehmensspezifische Wirkung unterschiedlicher Standortfaktoren in Betracht gezogen werden.

Die wichtigste Standorteigenschaft aus Sicht des international tätigen ostdeutschen Mittelstands ist das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften (Tabelle 2). Etwa 73 Prozent der Unternehmen messen diesem Faktor eine große Bedeutung bei, und sie bewerten das regionale Fachkräfteangebot als befriedigend. Deutlich ungünstiger fällt das Urteil allerdings bei den Unternehmen aus, die Verlagerungen vornehmen (Bewertungsindex: -1,53).

Der überregionalen Verkehrsanbindungen messen im Ausland operierende Unternehmen zwar eine höhere Bedeutung zu als die übrigen KMU, in der Bewertung des eigenen Standorts unterscheiden sich beide Gruppen bei diesem Faktor jedoch nur wenig (befriedigend bis gut).

Für einen erheblichen Teil der ostdeutschen KMU hat die Unterstützung durch die lokale öffentliche Verwaltung und andere Institutionen große Bedeutung. Die Urteile fallen bei diesen Merkmalen vorwiegend ungünstig aus. Auffallend ist jedoch, dass die exportierenden Unternehmen die Leistungen der Wirtschaftsförderungsgesellschaften, der Landesregierungen sowie der Kammern und Verbände signifikant besser einstufen als Unternehmen ohne Auslandsaktivitäten. Auch hier geben die Unternehmen, die Produktionsverlagerungen vornehmen, relativ ungünstige Bewertungen ab.

Die Forschungsinfrastruktur spielt für exportierende KMU eine signifikant größere Rolle als für die Unternehmen, die nur im Inland agieren oder Kapazitätsverlagerungen ins Ausland vornehmen. Der Faktor Nähe zu Forschungseinrichtungen wird generell sehr positiv beurteilt.

International ausgerichtete KMU auf ausländische Konkurrenz eingerichtet

Eine weitere wesentliche Bestimmungsgröße der Unternehmensentwicklung ist die Wettbewerbssituation. Am selben Standort ansässige Konkurrenten können – so die zentrale These von Porter – einen ständigen Druck auf das Unternehmen ausüben, Innovationen einzuführen, die Qualität zu verbessern, die Kosten zu reduzieren und die Effizienz zu steigern.¹¹ Insofern erleichtert es die räumliche Nähe zu Hauptkonkurrenten dem Unternehmen, Produktivitätsreserven aufzudecken und somit auch international erfolgreich zu werden. Andererseits wird in der Literatur darauf hingewiesen, dass Unternehmen

¹¹ Vgl. Porter, M.E.: The Competitive Advantage of Nations. New York 1990.

Tabelle 2

Ausgewählte Standortbedingungen für ostdeutsche KMU¹ 2003/2004

	Bedeutung des Standortfaktors ²			Bewertung des Standortfaktors ³		
	Exporttätigkeit ⁴	Verlagerung ins Ausland ⁴	Keine Auslandsaktivität	Exporttätigkeit ⁴	Verlagerung ins Ausland ⁴	Keine Auslandsaktivität
	Anteile in Prozent			Mittelwert aus -10 (sehr schlecht) bis +10 (sehr gut)		
Regionales Angebot an qualifizierten Arbeitskräften						
Angebot an qualifizierten Arbeitskräften	73,2	73,6	66,5	0,07	-1,53	-0,18
Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot	42,0	47,1	43,7	2,46	0,37	3,46
Nähe zu Forschungseinrichtungen						
Nähe zu Hochschulen	22,7	14,9	11,9	7,18	6,15	6,83
Nähe zu Forschungsinstituten	19,6	11,5	8,3	6,65	8,00	5,69
Überregionale Verkehrsbedingungen	53,5	56,3	39,1	2,90	3,44	3,70
Unterstützung durch regionale Behörden und andere Organisationen						
Leistungen der örtlichen Geldinstitute	59,7	51,7	55,4	-0,45	-2,86	-0,48
Leistung der Arbeitsämter	28,9	32,2	29,4	-0,33	-2,22	-0,30
Leistung der örtlichen Verwaltung	31,0	31,0	35,8	-0,40	-3,40	-0,53
Leistung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft	42,6	36,8	33,1	2,14	0,67	-0,47
Unterstützung durch die Landesregierung	43,6	40,2	33,9	-0,03	-1,62	-2,42
Unterstützung durch Kammern und Verbände	36,0	32,2	39,3	2,06	-1,96	0,49

- 1 Kleine und mittlere eigenständige Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe.
- 2 Der Standortfaktor ist von *großer Bedeutung* (Mehrfachnennungen möglich).
- 3 Bewertungen wurden nur berücksichtigt, wenn der Faktor von *großer Bedeutung* ist.
- 4 Signifikant von den Unternehmen ohne Auslandsaktivitäten abweichende Werte sind fett dargestellt.

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2010

Die Nähe zu Hochschulen ist für exportierende Unternehmen doppelt so wichtig wie für andere. Dieser Standortfaktor erhält auch eine hervorragende Bewertung. Die Unterstützung durch regionale Behörden und andere Organisationen kommt zumeist sehr schlecht weg.

zu einem Follow-the-leader-Verhalten neigen.¹² Demzufolge tendiert ein Unternehmen zur Imitation von erfolgreichen internationalen Aktivitäten seiner auswärtigen Hauptkonkurrenten, um die mit dem Auslandsengagement verbundenen Risiken und Kosten zu reduzieren.

Folgt man der ersten These, würde man erwarten, dass Unternehmen mit starker lokaler Konkurrenz besonders stark international ausgerichtet sind. Die vorliegenden Umfragedaten zeigen jedoch das Gegenteil: KMU, die vorwiegend mit lokaler Konkurrenz zu kämpfen haben, sind nur sehr schwach international aktiv. Dagegen sind KMU mit vorwiegend ausländischen Hauptwettbewerbern deutlich häufiger international engagiert sind (Tabelle 3). Dieser Befund steht im Gegensatz zu der zitierten Porter'schen These. Dies mag auch daran liegen, dass ostdeutsche KMU mit starker lokaler Konkurrenz vorwiegend solche Produkte anbieten, die sich grundsätzlich kaum für einen überregionalen oder gar internationalen Absatzmarkt eignen, wie Erzeugnisse der Zulieferindustrie, Druckerzeugnisse oder Recycling.

12 Vgl. DiMaggio, P.J., Powell, W.W.: The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. *American Sociological Review*, 48, 1983; Levitt, B., March, J.G.: Organizational Learning. *Annual Review of Sociology*, 14, 1988; Ito, K., Rose, E.L.: Foreign Direct Investment Location Strategies in the Tire Industry. *Journal of International Business Studies*, 33(3), 2002.

Kooperation bleibt ohne Einfluss

Die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren fördert auch den Wissens- und Erfahrungsaustausch.¹³ Dies ist gerade für eigenständige KMU von Bedeutung, da diese so ihre Größennachteile kompensieren können. Fehlende interne Fähigkeiten und Kapazitäten können durch komplementäre Kenntnisse und Ressourcen ihrer Kooperationspartner ersetzt werden.

Überraschenderweise zeigen sich jedoch für die KMU in Ostdeutschland in den Feldern Produkt- und Prozessentwicklung keine signifikanten Unterschiede im Kooperationsverhalten zwischen den nur national und den international agierenden Unternehmen. Im Vertrieb arbeiten sogar Unternehmen mit Auslandstätigkeit signifikant weniger häufig zusammen, als jene mit ausschließlich inländischen Absatzmärkten.

13 Vgl. Cunningham, M.T., Culligan, K.: Competitiveness Through Networks of Relationships in Information Technology Product Markets. In: Paliwoda, S.J. (Hrsg.): *New Perspectives on International Marketing*. London 1991, 251–275; Johansson, J., Mattsson, L.-G.: Internationalization in Industrial Systems – A Network Approach. In: Hood, N., Vahlne, J.E. (Hrsg.): *Strategies in Global Competition*. New York 1988, 287–314; Johansson, J., Mattsson, L.-G.: Network Positions and Strategic Action – An Analytical Framework. In: Axelsson, B., Easton, G. (Hrsg.): *Industrial Networks. A New View of Reality*. London 1992, 206–217.

Tabelle 3

Hauptkonkurrenten und Kooperationsaktivitäten ostdeutscher KMU¹ 2003/2004

Anteile in Prozent

	Exporttätigkeit ²	Verlagerung ins Ausland ²	Keine Auslandsaktivität
Hauptkonkurrenten ...			
... mit Sitz im Ausland	39,7	47,1	10,1
... mit Sitz in der Unternehmensumgebung	21,2	21,8	60,7
Häufige Kooperationsaktivitäten ...			
... in der Produktentwicklung	25,4	23,0	24,2
... in der Prozessentwicklung	19,3	23,0	21,9
... im Vertrieb	22,4	13,8	26,4

1 Kleine und mittlere eigenständige Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe.

2 Signifikant von den Unternehmen ohne Auslandsaktivitäten abweichende Werte sind fett dargestellt.

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2010

Auslandsaktivitäten reduzieren die Kooperation im Vertrieb. Der Hauptkonkurrent in der Nachbarschaft ist nur halb so wichtig wie der im Ausland.

Tabelle 4

Determinanten¹ von Auslandsaktivitäten ostdeutscher KMU² 2003/2004

	Exporttätigkeit	Verlagerung ins Ausland
Unternehmensinterne Faktoren		
Unternehmensgröße (Referenz: weniger als 10 Beschäftigte)		
10 bis 49 Beschäftigte	0,1104***	0,0001
50 bis 99 Beschäftigte	0,3043***	0,0395**
100 und mehr Beschäftigte	0,3881***	0,0906***
Unternehmensalter (Referenz: weniger als 3 Jahre)		
3 bis 15 Jahre	0,0048	0,0017
15 und mehr Jahre	-0,05	0,0034
Innovationsindikatoren		
Anteil des Personaleinsatzes in FuE	0,0008	-0,0006***
Einführung völlig neuer Produkte auf den Markt (ja=1)	0,1469***	0,0124
Patentanmeldungen (ja=1)	0,1656***	0,004
Vergabe von Lizenzen (ja=1)	0,1463*	0,0306
Zugehörigkeit zu einer forschungsintensiven Branchen	0,1346***	-0,0013
Unternehmensexterne Faktoren		
Standortbedingungen ³		
Regionales Angebot an qualifizierten Arbeitskräften	-0,0150*	-0,0009
Nähe zu Forschungseinrichtungen	0,0248***	-0,0038**
Überregionale Verkehrsbedingungen	-0,002	0,0019*
Unterstützung durch regionale Behörden und andere Organisationen	0,0189*	-0,0035*
Hauptkonkurrenten ...		
... mit Sitz im Ausland (ja=1)	0,2226***	0,0174***
... mit Sitz in der Unternehmensumgebung (ja=1)	-0,2445***	-0,0125***
Häufige Kooperationsaktivitäten ... (ja=1)		
... in der Produktentwicklung	0,0006	-0,0056
... in der Prozessentwicklung	-0,0419	0,0254**
... im Vertrieb	0,0222	-0,0113**

N = 3 063 Unternehmen; Log likelihood = -1 739,12; Rho (e) = 0,321***

1 Marginale Effekte auf den Mittelwert; im Fall von Dummies für eine diskrete Änderung von 0 auf 1.

2 Kleine und mittlere eigenständige Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe.

3 Unternehmenseinschätzungen der Wichtigkeit und Qualität auf einer 6-Punkte-Skala von 0 (nicht wichtig), 1 (wichtig und sehr schlecht) bis 5 (wichtig und sehr gut).

*, ** und *** zeigen die signifikanten Determinanten bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10, 5 oder 1 Prozent.

Quelle: Befragung des DIW Berlin vom Herbst 2004.

DIW Berlin 2010

Je größer ein Unternehmen ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass es exportiert oder Verlagerungen ins Ausland vornimmt.
Modellrechnung bestätigt Bedeutung von Größe und Innovationsfähigkeit

Die Ergebnisse der Modellschätzung, bei der alle Einflussfaktoren simultan berücksichtigt werden, bestätigen die Bedeutung der Größe für die Internationalisierung ostdeutscher KMU des verarbeitenden Gewerbes: Je mehr Personen im Unternehmen tätig sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, im Ausland zu agieren (Tabelle 4). Ähnlich wie in der deskriptiven Analyse zeigt sich auch, dass KMU in forschungsintensiven Industriezweigen überdurchschnittlich zu Exportaktivitäten neigen.

Darüber hinaus wird deutlich, dass die Innovationstätigkeit – gemessen durch vier verschiedene Variablen – sich unterschiedlich auf die Wahl der betrachteten Formen der Internationalisierung auswirkt. Während die Einführung völlig neuer Produkte, Patenanmeldungen und die Vergabe von Lizenzen (drei innovations-output-orientierte Faktoren) die Exporttätigkeit von KMU fördern, geht die Wahrscheinlichkeit der Auslandsverlagerungen mit steigendem Anteil des Personaleinsatzes in FuE (eine innovations-input-orientierte Variable) leicht zurück.

Unter den unternehmensexternen Faktoren bilden die Hauptwettbewerber eine wichtige Einflussgröße der Internationalisierung von KMU. Unternehmen mit vorwiegend internationalen Konkurrenten neigen sowohl stärker zu Exporten als auch zu Kapazitätsverlagerungen ins Ausland. Hingegen sind von den KMU mit lokalen Hauptkonkurrenten weniger international tätig. Denkbare Gründe für diesen negativen Zusammenhang sind, dass diese Unternehmen vor allem auf regionalen Märkten operieren oder auch dass innovative Produkte fehlen, mit denen sich eine Präsenz auf internationalen Märkten aufbauen ließe. Insofern sind überwiegend lokale Wettbewerber möglicherweise nicht die Ursache, sondern die Folge einer mangelnden internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Von den Standortbedingungen haben die Nähe zu Forschungseinrichtungen und die Unterstützung durch regionale Behörden und andere Organisationen den größten Einfluss auf die Auslandsaktivitäten: Je besser Unternehmen diese Standortfaktoren einschätzen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie exportieren, und desto niedriger ist die Wahrscheinlichkeit, Produktion oder andere Tätigkeiten ins Ausland zu verlagern.

Ferner werden die Kapazitätsverlagerungen ins Ausland durch gute überregionale Verkehrsverbindungen begünstigt. Ein überraschendes Ergebnis

ist der signifikant negative Zusammenhang zwischen der Unternehmenseinschätzung des regionalen Angebots an qualifizierten Arbeitskräften und der Exporttätigkeit. Dennoch ist der Anteil der Hochqualifizierten an allen Beschäftigten bei den exportierenden KMU signifikant höher als bei jenen, die nur auf nationalen Märkten agieren.¹⁴ Dies kann darauf hindeuten, dass für die im Export tätigen KMU überregionale Arbeitsmärkte wichtigere Quellen der Gewinnung von qualifizierten Mitarbeitern sind.

Schließlich erweisen sich die Kooperationsaktivitäten als weniger wichtig für die Auslandsaktivitäten industrieller KMU – dies gilt insbesondere für die Exporttätigkeit. Häufige Kooperation in der Prozessentwicklung erhöht leicht die Wahrscheinlichkeit, Teile des Produktionsprozesses ins Ausland zu verlagern. Dagegen sind KMU, die im Vertrieb öfter kooperieren, etwas weniger geneigt, grenzüberschreitende Kapazitätsverlagerungen vorzunehmen.

Fazit

Die hier vorgelegte Studie auf Basis der 2004 erhobenen Daten über kleine und mittlere

¹⁴ Im Durchschnitt beträgt der Anteil der Arbeitnehmer mit einem Hochschulabschluss an allen Beschäftigten bei den exportierenden KMU 24,4 Prozent, bei nicht exportierenden KMU sind es 19,7 Prozent.

Unternehmen der ostdeutschen Industrie macht deutlich, dass neben den eigenen Kompetenzen und Ressourcen der Unternehmen auch externe Faktoren wie die Standortbedingungen und die Konkurrenz wichtige Beiträge zum Ausbau internationaler Aktivitäten leisten können. Outputorientierte Innovationsaktivitäten wie die Einführung neuer Produkte, die Anmeldung von Patenten oder die Vergabe von Lizenzen stärken die Exporttätigkeit. Industrielle KMU mit einer hohen FuE-Intensität sind hingegen weniger geneigt, Teile ihrer Produktionsprozesse ins Ausland zu verlagern. Die Nähe zu Hochschulen und Forschungsinstituten sowie gute Leistungen regionaler Behörden, Verwaltungen, Kammern und Verbände fördern die Exportaktivität der ostdeutschen KMU des verarbeitenden Gewerbes. Unternehmen, die diese Standortfaktoren als wichtig und gut bewerten, sind weniger bereit, ihre Produktion oder andere Tätigkeiten ins Ausland zu verlagern.

Die Ergebnisse der Untersuchung bieten Ansatzpunkte für eine regionale Politik, die die Präsenz der KMU auf internationalen Märkten verbessern will: Stärkung der Innovationskompetenz der Unternehmen und Unterstützung der regionalen Wirtschaft durch gute Service- und Beratungsangebote der Behörden, Kammern und Verbände.

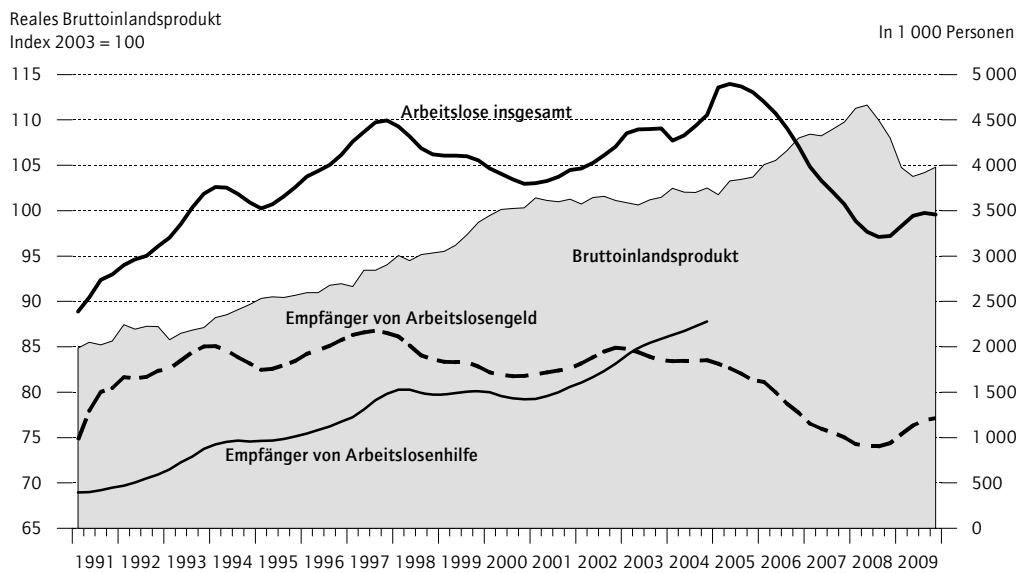
JEL Classification:
M16, L25, R30, O30

Keywords:
SME,
Manufacturing Sector,
Export,
Relocation abroad

Im Heft 6/2010 ist in der Abbildung 5 die Beschriftung der Kurven durcheinander geraten. Wir drucken die Abbildung deshalb noch einmal mit den korrekten Beschriftungen.

Abbildung 5

Zahl der Arbeitslosen und reales Bruttoinlandsprodukt¹



¹ Saisonbereinigt nach BV4.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

Christine Binzel, Ragui Assaad

**The Impact of International Migration and Remittances
on the Labor-Supply Behavior of Those Left behind:
Evidence from Egypt**

We analyze in this paper the impact of male-dominated migration and remittance income on the participation and hours worked decisions of adults left behind, including the hours spent by women in subsistence and domestic work. We differentiate between a 'pure' migration ("M") effect and the joint effect of migration and remittance income ("MR") and evaluate these effects for men and women separately. Additionally, we examine the labor supply behavior of wives whose husband migrated. We draw on the 2006 cross section using an instrumental variable approach as well as on the 1998/2006 panel of the Egypt Labor Market Panel Survey (ELMPS06). In line with the literature, women in MR households (albeit not in M households) tend to reduce their wage and salary work. We find evidence for both intra-household specialization and an increase in women's (and wives') total work load. Men are generally less affected. Our results suggest that it is important to differentiate between these two effects and between the different forms of market and non-market work as well as to consider the relationship between remitter and recipient.

Discussion Paper Nr. 954

Dezember 2009

Simon Fietze, Elke Holst, Verena Tobsch

Personality and Career: She's Got What It Takes

The female share in management positions is quite low in Germany. The higher the hierarchical level, the fewer women there are in such positions. Men have numerous role models to follow whereas women lack this opportunity: In the executive boards of the top 200 private companies in Germany, only 2.5 percent of members are female. Many studies have focused on the influence of human capital and other "objective" factors on career opportunities. In our study, we go a step further by also looking at the impact of self-reported personality traits on gender differences in career chances. We compare managers and other white-collar employees in Germany's private sector. While bivariate results based on data from the German Socio-Economic Panel (SOEP) in 2005 show that there are significant gender differences in personality traits, multivariate estimations clearly indicate that these differences cannot account for gender differences in career opportunities. Nevertheless, personality traits might indeed play a role, albeit more indirectly: Some of the stronger career effects, such as work experience, long working hours, and labour market segregation, can also reflect differences in personality traits. These might have been influenced at an early stage by a gender-biased environment. Our results strongly stress the need for a gender-neutral environment outside and inside companies in order to enforce equal career opportunities for women and men.

Discussion Paper Nr. 955

Dezember 2009

Aleksandar Zaklan, Astrid Cullmann, Anne Neumann, Christian von Hirschhausen

**The Globalization of Steam Coal Markets and the Role of Logistics:
An Empirical Analysis**

In this paper, we provide a comprehensive multivariate cointegration analysis of three parts of the steam coal value chain – export, transport and import prices. The analysis is based on a rich dataset of international coal prices; in particular, we combine data on steam coal prices with freight

rates, covering the period December 2001 until August 2009 at weekly frequency. We then test whether the demand and supply side components of steam coal trade are consistently integrated with one another. In addition, export and import prices as well as freight rates for individual trading routes, across regions and globally are combined. We find evidence of significant yet incomplete integration. We also find heterogeneous short-term dynamics of individual markets. Furthermore, we examine whether logistics enter coal price dynamics through transportation costs, which are mainly determined by oil prices. Our results suggest that this is generally not the case.

Discussion Paper Nr. 956

Dezember 2009

Amelie Constant, Klaus F. Zimmermann

Migration, Ethnicity and Economic Integration

This chapter deals with the economic and ethnic diversity caused by international labor migration, and their economic integration possibilities. It brings together three strands of literature dealing with the neoclassical economic assimilation, ethnic identities and attitudes towards immigrants and the natives, and provides an analysis in understanding their interactions. The issue of how immigrants fare in the host country especially in terms of their labor force participation and remuneration has been the core of research in the labor migration literature. If immigrants fare as well as the natives, then they are economically assimilated. While some immigrant groups do, most do not, especially in Europe. Of equal importance is how immigrants identify with the culture of their home and receiving countries, and if natives and immigrants have the right attitudes about each other. Ethnic identities and attitudes seem to be less affected by the economic environment but have implications for economic performance.

Discussion Paper Nr. 957

Dezember 2009

Jan Marcus

Der Einfluss von Erhebungsformen auf den Postmaterialismus-Index

Der vorliegende Beitrag ist eine Metaanalyse von 99 deutschen Bevölkerungssurveys aus dem GESIS-Datenarchiv, in denen die postmaterialistische Einstellung der Befragten ermittelt wird. Es wird anhand von Mehrebenenmodellen gezeigt, dass sich der Anteil der Postmaterialisten unter Kontrolle von Geburtsjahr der Befragten und Erhebungsjahr des Surveys überzufällig zwischen den Surveys unterscheidet. Diese Differenzen sind zum Teil auf unterschiedliche Formen der Datenerhebung zurückzuführen. Insbesondere die ALLBUS- und Eurobarometer-Serien differieren stark. Zudem sind ein Institutseffekt und ein Effekt durch Quotenstichproben auszumachen.

Discussion Paper Nr. 958

Dezember 2009

Ruud Egging, Franziska Holz, Steven A. Gabriel

The World Gas Model: A Multi-Period Mixed Complementarity Model for the Global Natural Gas Market

We provide the description and illustrative results of the World Gas Model, a multi-period complementarity model for the global natural gas market. Market players include producers, traders, pipeline and storage operators, LNG liquefiers and regasifiers as well as marketers. The model

Veröffentlichungen des DIW Berlin

data set contains more than 80 countries and regions and covers 98% of world wide natural gas production and consumption. We also include a detailed representation of cross-border natural gas pipelines and constraints imposed by long-term contracts in the LNG market. The Base Case results of our numerical simulations show that the rush for LNG observed in the past years will not be sustained throughout 2030 and that Europe will continue to rely on pipeline gas for a large share of its imports and consumption.

Discussion Paper Nr. 959

Dezember 2009

Astrid Cullmann, Mehdi Farsi, Massimo Filippini

Unobserved Heterogeneity and International Benchmarking in Public Transport

We analyze the technical efficiency of German and Swiss urban public transport companies by means of SFA. In transport networks we might face different network structures or complexities, not observed, but influencing the production process. The unobserved factors are typically modeled as separable factors. However, we argue that the entire production process is organized around different network structures. Therefore, they are inevitably non-separable from the observed inputs and outputs. The adopted econometric model is a random coefficient stochastic frontier model. We estimate an input distance function for the years 1991 to 2006. The results underline the presence of unobserved non-separable factors.

Discussion Paper Nr. 960

Dezember 2009

Claudia Keser, Irina Suleymanova, Christian Wey

Technology Adoption in Critical Mass Games: Theory and Experimental Evidence

We analyze the choices between two technologies A and B that both exhibit network effects. We introduce a critical mass game in which coordination on either one of the standards constitutes a Nash equilibrium outcome while coordination on standard B is assumed to be payoff-dominant. We present a heuristic definition of a critical mass and show that the critical mass is inversely related to the mixed strategy equilibrium. We show that the critical mass is closely related to the risk dominance criterion, the global game theory, and the maximin criterion. We present experimental evidence that both the relative degree of payoff dominance and risk dominance explain players' choices. We finally show that users' adoption behavior induces firms to select a relatively unriskey technology which minimizes the problem of coordination failure to the benefit of consumers.

Discussion Paper Nr. 961

Dezember 2009

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Peter Haan
Alexander Eickelpasch

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805-19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier



Der Euro-Stabilitäts-Pakt – eine deutsch-griechische Tragödie

von Tilman Brück*

Die Bundesregierung dementiert zurzeit halbherzig, dass eine bilaterale Rettungsaktion zugunsten der griechischen Staatsfinanzen geplant sei. Fakt ist, dass solche Rettungsaktionen dementiert werden müssen, bis sie durchgeführt werden. Denn wer zu früh zu großzügige Unterstützung anbietet, der schafft Anreizprobleme für den zu Rettenden.

Doch wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass der Euro so unter Druck geraten konnte? Hatte nicht Deutschland peinlich genau darauf geachtet, dass mithilfe des Stabilitäts- und Wachstumspaktes genau diese Krisen verhindert werden würden?

Der Pakt hatte einen großen Vorteil. Er gab klare Grenzen für die Haushaltsdefizite vor und lenkte so die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Kassendisziplin der Euroländer. Hätten sich alle Länder immer strikt an den Pakt gehalten, so stünde der Euro heute viel besser da. Aber leider hatte der Stabilitätspakt auch mehrere Geburtsfehler, die ihm – und dem Euro – schließlich zum Verhängnis wurden.

Erstens definierte der Pakt recht willkürliche Anpassungspfade für die Staatsdefizite. Dies sorgte für Transparenz und Stabilität – ging aber auch auf Kosten von Wachstum. Alternative Regeln hätten hier einen besseren Ausgleich geschaffen und so ein Herumdoktern an den Regeln des Paktes vermieden.

Zweitens fokussierte sich der Pakt auf die Begrenzung der Defizite in schlechten Zeiten – und vergaß festzulegen, dass in guten Zeiten auch gespart werden muss. Es war also vergessen worden, die Staatsfinanzen über den gesamten Konjunkturzyklus zu betrachten. Und so versagten viele Euro-Länder. In relativ guten Zeiten wurde der Pakt gerade mal erfüllt. Und in schlechten Zeiten musste er dann überschritten werden. So höhlten die Euroländer den Pakt peu à peu aus.

Drittens war der Pakt mit zu wenig Biss ausgestattet, als dass sich die mächtigen Regierungen Deutschlands und Frankreichs wirklich gebunden fühlten. Die vermeintlichen Musterschüler nahmen sich wiederholt von dem Pakt aus und führten ihn so in die politische Bedeutungslosigkeit.

Dies rächt sich nun doppelt. Einerseits fällt es Deutschland viel schwerer, die Fiskalsünder zu ermahnen, wo die deutschen Staatsfinanzen strukturell ebenfalls nicht saniert sind. Der fehlende Wille in Deutschland, die Ausgabenstruktur anzupassen und in die Zukunft zu investieren, rächt sich nun in niedrigen Wachstumsraten. Andererseits fehlt jetzt ein glaubwürdiges und gemeinsames Instrument der Euroländer, in der Fiskalpolitik die Folgen der Finanzkrise gemeinsam zu meistern.

Deutschland wird Griechenland finanziell beistehen müssen, um Druck vom Euro abzuwenden. Aber dass es hierzu kommen musste, ist ein Armutszeugnis für die deutsche Währungs- und Finanzpolitik der letzten Jahre.

* Tilman Brück ist Leiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin und Professor für Entwicklungsökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin.